

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Zerbstraße 48, Fernspr. 1507. Redaktion und Druckerei: Gr. Witzg. 3. Fernspr. für Redaktion 1793, für Druckerei 961.

Prüfungsnummer zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 quart. Bestellsgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgebühr: die sechsgepaltene Zeitungsseite 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamteil Seite 60 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 392

Nr. 36.

Magdeburg, Dienstag den 12. Februar 1907.

18. Jahrgang.

Der Kassierer.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt an der Spitze ihrer zweiten Ausgabe vom 10. Februar:

Der „Wahr. Kurier“ hat Mitteilungen aus der Privatkorrespondenz des Generalmajors Reim und aus Briefschaften des Flottenvereins gemacht, zu deren Kenntnis der Gewährsmann des Blattes nur auf dem Wege einer schweren Unredlichkeit gelangt sein kann. Nach Mitteilungen der Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins ist die Angelegenheit bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Wir hoffen, daß es gelingen wird, eine volle gerichtliche Klärung dieses Vorfalles herbeizuführen. Inzwischen stellen wir das Folgende fest:

1. Es sind für die Wahlbewegung keinerlei amtliche Fonds in Anspruch genommen worden, insbesondere hat weder der Flottenverein noch Herr Generalmajor Reim persönlich Zuwendungen aus solchen Fonds für Wahlzwecke erhalten.

2. Von privater Seite sind zur Unterstützung regierungsfreundlicher Kandidaturen Mittel aufgebracht worden, bei deren Verwendung in dankenswerter Weise auch mehrfach der Rat amtlicher Stellen eingeholt und befolgt worden ist. Der Reichskanzler war in der Lage, dem Fürsten Salin in Aussicht zu stellen, daß er sich für eine Beihilfe zu den Kosten des Wahlkampfes aus solchen privaten Mitteln interessieren werde.

3. Herr Generalmajor Reim hat wie andre im Wahlkampf hervorragende tätig gewesene Männer Gelegenheit gehabt, dem Reichskanzler über den Fortgang seiner und des im nationalen Sinne tätigen Flottenvereins Arbeit zu berichten. Dabei hat er auch naturgemäß der Herausgabe von Wahlproschüren Erwähnung getan. An der Gestaltung dieser Broschüren hat der Reichskanzler so wenig wie die Reichskanzlei mitgewirkt, auch eine „Lüge des Herrn Erzberger“ betitelte Broschüre ist an diesen Stellen vor ihrem Erscheinen nicht bekannt gewesen.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dementiert, was nicht behauptet worden ist. Nicht der Reichskanzler, sondern dem Kolonialamt und dem Generalstab wurde die Urheberchaft verschiedener Gottenioten-Flugblätter zugeschrieben. Diese Urheberchaft leugnet das Regierungsblatt nicht. Ebensovienig stellt es in Abrede, daß Offiziere der Schutztruppe vom Oberkommando als Wahlzweckener zur Agitation kommandiert wurden. Ebensovienig vermag es zu leugnen, daß Soldaten der Marine bei der Verpackung der Sendeschriften tätig gewesen sind.

Und was die Hauptsache ist, sie gibt zu, muß nach den dokumentarischen Feststellungen des Münchner Zentrumsblattes zugeben, daß der Reichskanzler für Wahlzwecke Gelder vereinnahmt und verausgabt hat. Er war der Kassierer des Kassierkartells.

Dabei kommt es natürlich nicht darauf an, ob die Tausendmarktscheine und Zwanzigmarktscheine, die von „privater Seite“ zur Unterstützung billowfreundlicher Kandidaturen aufgebracht wurden, in den Geldschrank der Reichskanzlei wanderten, und aus diesem wieder vom Fürsten Bülow dem Fürsten Salin in die Hand gedrückt wurden. Tatsache, zugegebene Tatsache ist, daß die privaten Geldgeber nicht für eine bestimmte Partei, sondern für Wahlzwecke der Regierung operierten und daß sie auf amtliche Anweisung hin („Rat amtlicher Stellen“ nennt es die „Norddeutsche“ vorsichtig umschreibend) Zahlungen geleistet haben.

Man kann nicht sagen, daß ein solcher Vorgang im Reiche neu und unerhört wäre. Wir haben ja die Zwölf-tausendmark-Affäre und den Wirbach-Wettel erlebt, von denen die neueste Bülow-Affäre gleichsam die höhere Finsternis darstellt. Soffentlich wird man auch in diesem Falle noch genauer erfahren, wer der gutmütige Onkel war, der dem Reichskanzler Bülow die nötige metallische Unterlage zur Fortführung seiner politischen Existenz verschafft hat. Vielleicht läßt sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auch über diesen Punkt noch aus, und zwar so rechtzeitig, daß sie einer anderweitigen Berichterstattung zuvorkommt.

Für heute sei darüber nur so viel gesagt:

Zu den Geldgebern der Regierung gehört eine Gruppe wohlhabender Herren, die ganz zufälligerweise beim letzten Ordensfeste am 23. Januar mit hohem Orden bedacht wurden.

Und diese Herren stehen in naher Beziehung zu jenen Stipendiaten, an die das Reichsamt des Innern im

Jahre 1898 das berühmte „eigentümliche Verlangen“ richtete, ihm 12 000 Mark zur Agitation für die Zuchthausvorlage zur Verfügung zu stellen. Seit der Enthüllung dieser Affäre im Jahre 1900 durch die „Leipziger Volkszeitung“ waren die Beziehungen der Regierung zu ihren damaligen Geldgebern stark erkaltet. Aber jetzt hat man sich längst wieder zusammengefunden. . . .

Es ist nützlich, daran zu erinnern, wie das Urteil der bürgerlichen liberalen Presse über den damaligen viel milderen Fall gelaftet hat. So schrieb die „Frankfurter Zeitung“ am 23. Oktober 1900:

Kein Staatssekretär konnte darüber im Zweifel sein, daß es eine Verletzung des Budgetrechts bedeutet, wenn er sich geheime, nicht bewilligte und nicht gebuchte Einnahmen verschafft.

Die „Freisinnige Zeitung“:

Wie will die Regierung dem Argwohn begegnen, daß ähnliche Vorgänge wie bei der Zuchthausvorlage bei andern Gesetzentwürfen an andern Stellen der Reichs- und Staatsverwaltung sich etwa schon des öftern ereignet haben? Es gibt ja so viele politische Aktionen im Reiche wie im Einzelstaat, an denen potente Kapitalisten finanziell interessiert sind. Daß diese unter Umständen sich Geld kosten lassen, zu eignen Gunsten die öffentliche Meinung zu beeinflussen, haben die Verhandlungen des Reichstags über den vorjährigen Flottenrummel erwiesen.

Das „Berliner Tageblatt“:

Also: das Unerhörte ist geschehen, eine oberste Reichsbehörde hat von einem Privatmann Geld für Agitationszwecke — denn was bedeutet die Verteilung amtlichen Materials an Provinzialblätter anders als Agitation? — gefordert und angenommen.

Die „Nationalzeitung“:

Es ist unbegreiflich, daß ein Beamter des Reichsamts des Innern für zulässig halten konnte, für den agitatorischen Zweck der Regierung von einem privaten Interessentenverein Geld zu verlangen.

Nachdem damals die „Nordd. Allgem. Ztg.“ ihr Gehändnis abgelegt hatte, schrieb abermals die „Frankfurter Zeitung“:

Alles, was die Unterlage unserer Kritik bildet, wird bekräftigt: Eine Staatsbehörde nimmt die Mittel einer privaten Vereinigung in Anspruch, um damit Stimmung für eine Vorlage zu betreiben, an der gerade diese Vereinigung das größte Interesse hat. Und ob die Agitation in der Weise erfolgte, daß man einzelnen Agitatoren Geld in die Hand drückte, oder daß man geeignete Flugschriften drucken ließ und ins Volk brachte, das ist natürlich für die prinzipielle Beurteilung der Sache ganz gleichgültig.

Die bülowoffizielle Wiener „Neue Freie Presse“:

Der Fall, um den es sich handelt, gehört zu jenen, die von Zeit zu Zeit in das geheime Räderwerk der Regierungsmaschinen hineinleuchten. Daß er auch in Deutschland möglich ist, darin liegt die peinliche Verblüffung, die er verursacht.

So schrieben und schrien die jetzt so schweigsamen, höchstens über Dokumenten, „diebstahl“ entrüsteten liberalen Blätter vor sieben Jahren über einen Fall, der gegen den nun aufgedeckten Großbetrieb der Wahlkorruption geradezu geringfügig erscheint. Warum schweigen sie, die einst so laut zu reden verstanden? Weil mit den Scharfmachergeldern, die Fürst Bülow als Kassierer verwalten durfte, auch die Agitation für freisinnige Regierungskandidaten bezahlt worden ist! —

Sie beransuchen sich!

Unsere Liberalen sind die Ereignisse vom 23. Januar zu Kopfe gestiegen. So hart es klingt, so paßt doch auf ihr Verhalten kein anderer Vergleich als der eines Verursachters, der tammelnd hin und her schwankt und alles doppelt sieht, außerstande, Menschen und Dinge noch richtig zu beurteilen. Diese Leute bekommen es wirklich fertig, angesichts der Ergebnisse der Hauptwahl von einem „neuen Aufschwung des Liberalismus“ und von der „Werbekraft der liberalen Idee, die sich glänzend bewährt“ habe, zu reden. Und dabei gibt nicht einmal der Schein der Dinge den geringsten Anlaß dazu, geschweige denn die Dinge selbst.

Was ist dem Liberalismus denn eigentlich widerfahren? Er hat 1903 in der Hauptwahl kein einziges Mandat gewonnen — denn die Nationalliberalen wird niemand im Ernst als liberal ansehen wollen —, diesmal aber etwas mehr als ein halbes Duzend. Das heißt: selbst von dieser Seite

betrachtet ist der Liberalismus nach seinem „Aufschwung“ noch von einer kläglichen Winzigkeit neben der angeblich zerschmetterten Sozialdemokratie, die als Resultat ihrer „Zerschmetterung“ immer noch 30 Mandate aus der Hauptwahl davontrug. Im übrigen aber: wenn es sich um die Werberkraft der liberalen Idee handelt — und nur wenn diese sich wirklich bewährt hätte, nur wenn dem Liberalismus zahlreiche neue Anhänger zugeführt wären, könnte im Ernst von seinem Aufschwung geredet werden —, kommt die Zahl der Mandate überhaupt erst in zweiter Linie in Betracht; in erster Linie steht die Frage, wer diese Mandate den liberalen Abgeordneten gegeben hat. Waren ihre Wähler liberale Männer, gut, dann wollen wir uns bescheiden. Dann wäre Aussicht, daß in Deutschland endlich einmal der Fall einträte, den wir Sozialdemokraten wahrlich mit Freuden begrüßen würden; der Fall nämlich, daß ein kräftiges demokratisches Bürgertum uns die Hälfte des Kampfes gegen die Reaktion abnähme.

Wer also waren die liberalen Wähler? Darauf finden wir in den liberalen Blättern zwei Antworten. Aus „süd-deutschen Universitätskreisen“ hat sich das „Berliner Tageblatt“ einen langen Schreiberbrief schicken lassen, dessen Verfasser als siebenmal geheimer Mann die Niederlage der Sozialdemokratie vorausgesehen hat, weil sie auf dem Dresdner Parteitag sich für die radikale und nicht für die revisionistische Lattik entschieden habe. „Die Mittläufer von 1903 gewinnen sie (die Sozialdemokratie) nicht mehr wieder. . . Die Gebildeten, und voran die gebildete Jugend, werden nicht mehr die Reihen der Sozialdemokratie verstärken helfen.“

Die Frage, ob der gute Mann recht hat, wollen wir ganz unerörtert lassen. Jedenfalls besteht nach ihm ein Teil der diesjährigen liberalen Wählerschaft aus den Mittläufern von 1903, die man damals auf Seiten der „Gebildeten“ nicht genug scheitern konnte, und die man jetzt selbst mit dem Namen der „Gebildeten“ schmückt. Also aus jener traurigen Legion, deren „Bildung“ darin besteht, daß sie zwischen den verschiedenen Parteien hin und her schwanken, ohne zu wissen, wohin sie eigentlich gehören. In jedem Lager fragen sie der Reihe nach an, ob man ihnen nicht jagen könne, welcher Ueberzeugung sie eigentlich sein sollten. Sich selbst eine politische Ueberzeugung zu bilden, dazu langt ihre „Bildung“ nicht. Und auf diese traurigen Gesellen, die vielleicht in 6 Monaten schon konservativ oder antisemitisch oder — wer weiß — auch wieder sozialdemokratisch stimmen würden, auf die ist der Liberalismus stolz? An ihnen will er die Werbekraft seiner Idee beweisen?

Das war der eine Teil seiner Wähler, nun kommt der andre. Ueber ihn hat in dankenswerter Weise der neue freisinnige Abgeordnete für Königsberg, Herr Gysling, Auskunft gegeben. Er erzählte, daß in Königsberg der Zusammenschluß aller bürgerlichen Gruppen ohne Rücksicht auf die Parteischattierungen seine Wahlherbeigeführt habe. „Aus politischer Einsicht, ohne den Ruf nach Konzessionen, seien sie für ihn als liberalen Kandidaten eingetreten.“ Nebenbei bemerkt, Herr Gysling hätte ruhig hinzufügen dürfen, daß die Konservativen in Königsberg wohl wußten, weshalb sie von ihm keine Konzessionen zu fordern brauchten. Er war nämlich schon 1903 von der freisinnigen Volkspartei gerade deswegen als Kandidat ausgesucht worden, weil für die jenen Liberalen die Konservativen ohne Gewissensbisse stimmen konnten. Von konservativer Seite ist das im Wahlkampf 1903 zu Königsberg ganz ungeniert gesagt worden. Ein „Liberaler“ nach dem Herzen der Konservativen! Nun ist aber Herr Gysling in dieser Beziehung nur ein Typus des gesamten heutigen Liberalismus. Wie in Königsberg, so lag es überall. Und so erfahren wir denn aus zuständigem Munde, daß ein weiterer Teil der liberalen Wähler — aus konservativen besteht! Wie viele, das wissen die Götter. Das wird sich bei dem Witzmensch, der am 25. Januar geherrscht hat, niemals berechnen lassen.

Also ein Teil des liberalen Heerbanns besteht hiernach aus konfusen Köpfen, die nicht wissen, was sie wollen, die heute ebensovienig liberal sind wie sie 1903 sozialdemokratisch waren, und auf die keine zwei Monate Verlaß ist; der andre Teil besteht aus Anhängern aller möglichen bürgerlichen Parteien, Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten, und so weiter, die sich diesmal zusammenfanden, weil ihnen die Angst vor der Sozialdemokratie in die Knochen gefahren ist, die aber im Traum nicht daran denken, liberal zu sein. Diese Tatsachen stellen nicht wir fest, sondern die Führer des Liberalismus selbst. Und gleichwohl faheln sie von einem Aufschwung des Liberalismus. Sagen wir zuviel, wenn wir meinen, ihr Benehmen gleicht einem Nausch?

Dazu kommt nun, daß auch an „positiven Erfolgen“ (was man im Jargon der bürgerlichen Diplomatie so nennt)

für den Liberalismus absonit nicht herausprunzt, und daß die Reaktionen aller Schattierungen sich auch nicht im mindesten genieren, dies offen auszusprechen und die Liberalen obendrein grausam zu verhöhnen. So ließ das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“, einen Artikel los, der alle bürgerlichen Parteien zum Zusammengehen bei der Stichwahl aufrief. Und selbst in diesem Zusammenhang, wo es galt, die Liberalen als Stimmvieh für die Reaktion einzufangen, konnte sich das Bündlerblatt folgende Äußerungen nicht verkneifen:

... Wir wissen bekanntlich von unsern Ellbogen ausgiebigen Gebrauch zu machen und haben das bewiesen; aber auch wir würden uns in eine solche Schlachtreihe einordnen, selbstverständlich unter der Bedingung, daß man uns nicht an die Wand drückt, sondern den uns zukommenden Platz überläßt. ...

... Was uns trennt, mag nach den Wahlen, soweit es nötig und gebräuchlich ist, wieder zu seinem Rechte kommen. Wir werden bald genug beweisen, daß wir keine kraft- und kantenlosen Mischmaschpolitiker sind. In der nächsten Tagen aber (d. h. bis zum 5. Februar) gibt es nur ein Ziel, nur eine Pflicht, nur eine Aufgabe. ...

Nämlich gemeinsam gegen die Sozialdemokratie. Die Agrarier jagen den Liberalen mit dürren Worten, daß sie nach den Wahlen alsbald wieder ihre Kanten zeigen und von ihren Ellbogen Gebrauch machen werden, daß aber bis zu den Wahlen „Patriotismus“ und „Gemeinsinn“ den Liberalen die Pflicht auferlege, den Agrariern zu recht viel Mandaten und dadurch zu recht scharfen Kanten und spitzen Ellbogen zu verhelfen.

Und die Liberalen tun es! Die Ergebnisse vom 5. Februar beweisen gleich denen der vorausgegangenen Tage, daß die Liberalen in einer ganzen Reihe von Wahlfreien den Sieg der Konserverativen über die Sozialdemokraten herbeigeführt haben.

Weshalb tun sie es? Soll man sie für so töricht halten, daß sie die wahre Situation nicht zu durchschauen vermögen? Davon kann wohl keine Rede sein. Sie sehen aber keine andre Möglichkeit, überhaupt noch Mandate für sich selbst zu erhalten. Haben sie doch den ganzen Wahlkampf vom 13. Dezember an in diesem Sinne geführt. Nur ein paar Mandate um jeden Preis, das war ihre einzige wirkliche Wahlpapole. Daß sie richtig gerechnet haben, als sie sich zu diesem Zweck zum Vorposten der Reaktion machten, zeigt das Ergebnis. Bei Aufrechterhaltung und energischer Betonung des liberalen Gedankens hätten sie vielleicht ein einziges Mandat abgekomen. Es gibt eben in Deutschland kein aufrechtes liberales Bürgertum. Und so führt denn die nüchterne Betrachtung der Dinge zu dem Schluß, daß diese Wahl keinen Ausschlag, sondern eine vollständige Verneinung der liberalen Idee in Deutschland enthält hat.

Diese Feststellung erfüllt uns keineswegs mit Freude. Wir würden es viel lieber sehen, wenn in Deutschland eine starke, ehrliche Demokratie existierte, mit der vereint wir zunächst den Resten des Mittelalters den Garau machen könnten, um dann um so eher und unter viel klareren Bedingungen den Kampf zwischen Sozialismus und Liberalismus auszufechten, der uns erst den Aufstieg zur sozialistischen Kultur bringen wird.

Nun, es muß auch so gehen. —ib—

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 11. Februar 1907.

Bilow fühlt sich.

Die im Deutschen Zentralverband deutscher Industrieller vereinigten eisernen Schürmacher haben des Deutschen Reiches Kanzler zur Wahlniederlage der Sozialdemokratie beglückwünscht und ihre fernere Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen den inneren Feind mit Begeisterung angeboten. Darauf ist eine Antwort erfolgt, in der diese Sätze stehen:

Ich möchte dabei feststellen, daß der vorläufig mit Erfolg beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozialdemokratie richtete. Das nationale Bürgertum hat vielmehr durch sein Votum gegen die Sozialdemokratie auch eine parlamentarische Zustimmung bewirkt, durch deren Anwendung am 13. Dezember d. J. die damalige Minorität von der Zentrumspartei unter Beifall der Sozialdemokratie niedergestimmt wurde. Es ließe den Geist der Nation erkennen, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen wollte.

Die Versicherung, daß der Zentralverband auch in der Zukunft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Regierung stehen werde, habe ich gern angenommen. Dabei verhalte ich mich fernst von der ausgleichenden Wirkung einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik. Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Seiten dieser Politik getragen hat, erkenne ich hochachtungsvoll an. Ich hoffe aber auch, daß mit bei den künftigen Verhandlungen der verbündeten Regierungen zur Abheilung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird.

Der süß süß! haben die Empfänger des Schreibens gesagt und Aergeres haben sie sich vorgenommen. Von einer Sozialpolitik wollen die Schürmacher nichts wissen, mag sie nun besonnen oder unbesonnen gehalten werden. Ein Reichskanzler, der wirtschaftliche Gegensätze zu mildern versucht, anstatt mit Budget- oder Anleihegesetzen dreinzufahren, hat für die Herren im eignen deutschen Gewebe keine Ehrentätigkeit.

Darauf werden sie Bilow behandeln und dieser wird ihnen, ach wie bald, zu Willen sein! —

Das Glück des Wahlrechtsfeindes.

Herr Eichhoff, der in zwei Wahlkreisen gewählte Abgeordnete der Freisinnigen Volkspartei, hat die Wahl für Renner-Wettmann angenommen, die für Mühlhausen-Langensalza abgelehnt. Eine Nachwahl hat also nicht in Renner-Wettmann stattzufinden, so der verdrängte sozialdemokratische Kandidat am meisten Auszicht hätte, sondern in Mühlhausen-Langensalza, das vom Wahlrechtsfeind v. Jedliß bedroht wird.

Die Entscheidung des Herrn Eichhoff wäre schwer verständlich, wüßte man nicht aus den Dokumenten des „Bayr. Kurier“, daß Herr Eichhoff zu den Ausgehaltenen der Regierung gehört. Als solcher kann er natürlich einen der Sozialdemokratie entzogenen Kreis nicht den Gefahren einer Neuwahl aussetzen. Lieber Jedliß als Meißel! Sein Mühlhäuser Mandat, das er jetzt wegwirft, verdankt Herr Eichhoff dabei sozialdemokratischer Unterstützung. —

Religion ist Privatsache.

In dem Berliner Zentrumsblatt, der „Germania“, finden wir dieses wertvolle Geständnis:

Man möge in liberalen Kreisen doch einmal darüber entscheiden, ob ein Atheist, welcher die Religion für Privatsache erklärt, oder aber ein Liberaler, der vielleicht auch Atheist ist, aber die Unterdrückung der katholischen Religion nach der Ansicht des Evangelischen Bundes als politische Aufgabe betrachtet, der gefährlichere Feind der katholischen Kirche in Deutschland ist.

Die „Germania“ hat den Satz des sozialdemokratischen Programms, der die Erklärung der Religion zur Privatsache fordert, nicht inuner so zutreffend interpretiert. Vielmehr zeigte sie sich sonst stets bemüht, diesen Satz, der Meinungsfreiheit und freies Vereinigungsrecht, Entkleidung der Glaubensgenossenschaft von aller Zwangsstaatlichkeit und Befreiung des Staates von aller Zwangskirchlichkeit fordert, als Greuel aller Greuel hinzustellen. Im Jahre 1903 wurde sogar in schwarzen Gegenden ein Flugblatt verbreitet, worin anschaulich geschildert war, wie die stets bekämpften Sozialdemokraten unter dem Rufe „Religion ist Privatsache!“ ihre frommen Witter mit Stahlbeinen zu erschlagen pflegen.

Um so bemerkenswerter ist die Befehung der „Germania“. Sie wird nur nicht lange anhalten. —

Die Lehrerfrage.

Die Nationalliberalen interpellierten am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhaus den Kultusminister Dr. v. Studt wegen seines berüchtigten Verweises, der die Bezirksregierungen anweist, der Erhöhung der Lehrergehälter in den Städten die Zustimmung zu versagen. Der durchgefallene Kandidat für Calbe-Mechtersleben, Kammergerichtsrat Schiffer, einer der Väter des Schulgesetzes, dem er auch seine richterliche Karriere mitverdankt, begründete die Anfrage in echt nationalliberaler Galbheit damit, daß seine Partei dem Minister Gelegenheit habe geben wollen, „etwaige Mißverständnisse zu beseitigen“ und die gestörte Harmonie der Nationalliberalen und der Schulverwaltung wiederherzustellen.

Herr Studts Antwort warf ihn aus allen Himmeln. Der Minister des Geistes, der unfähig ist, die einfachste Rede zu verstehen oder zu halten, las eine wahrscheinlich vom Ministerialdirektor Schwarzkopff verfaßte Sammlung massiver Grobheiten gegen die Nationalliberalen vor. So warf er ihnen vor, daß sie den ganzen Kummel gegen ihn bloß injiziert hätten, um den durch ihre schandbare Zustimmung zum Volksschulverfassungsgesetz stark ramponierten Ruf der liberalen Bildungsfreundlichkeit wieder etwas aufzuladieren. Früher hätten sie ihn selbst aufgefordert, der „Landflucht“ der Lehrer durch Erhöhung der Lehrergehälter entgegenzuwirken. Auch das war bezeichnend für die Kontrastverwaltung unter dem Dreiklassenwahlgesetz, daß Herr Studt mitteilen konnte, er habe 2000 Gemeinden erst gezwungen zur Aufbesserung ihrer erbärmlichen Lehrergehälter zwingen müssen. Allerdings sieht man danach erst recht nicht ein, warum die Regierung dann noch einen besonderen Erlaß gegen die Erhöhung der Lehrergehälter herausgeben mußte.

Herr Studt bekam denn auch in der Debatte, die er recht provozierend und beinahe lächerlich mit dem Selbstlob würzte, daß er mit fast übermenschlicher Anstrengung an der Verringerung der Lebenslage der Lehrer arbeite, manche Wahrheit zu hören. Vor allem die Nationalliberalen waren wütend und nannten seine Art der Polemik das Unerhörteste, was je im Parlament vorgekommen sei. Der Freisinnige Cassel schalt die Schulbureauskulte unerträglich und ihre Eingriffe in die Selbstverwaltung der Gemeinden empörend. Und selbst das Zentrum und die Freisinnigen gaben Herrn Studt zu verstehen, daß er keine glückliche Hand gehabt und nicht das nötige Maß von Gehmaß gezeigt hätte. Nur die Konserverativen gaben dem Minister ein uneingeschränktes Verzeihensvotum. Für sie, die alle Lehrer nach dem Trafikner Rezept behandeln möchten, geschieht für die Lehrer überhaupt schon viel zu viel. Auch der Finanzminister Herr v. Meinhoben äußerte seine lebhafte Freude darüber, daß Preußen einen Kultusminister habe, der den „Sport der Lehrergehältererhöhung“ nicht mitmache.

Herr v. Studt hörte sich lächelnd die ganze Debatte an. Er ließ durch seine Räte die Lehrer auf das künftige Lehrerbildungsgesetz vertrauen, das nach des Herrn v. Jedliß Wort wahrscheinlich keiner mehr von ihnen erleben wird.

Alles in allem, ein entzündender Anfang der erträumten „liberalen Kern“. Die Liberalen, die während der Reichstagswahlen schon Prof. Harnack als Kultusminister sahen, zogen wieder einmal mit langen Ohren ab. Sie werden aber nicht länger werden, weil ihnen an dem Lehrerschicksal im Grunde ja gar nichts liegt. —

Die Agrarierwoche.

Hg. Berlin, 11. Februar 1907.

Der Geschäftsbereich des Bundes der Landwirte, der allen Teilen des Deutschen Reiches hat am gestrigen Sonntag die Landwirtschaftswoche, welche der Reichshauptstadt in jeder Hinsicht besichert wird, begonnen. Zu der Montag mittag 12 Uhr in der Reichshauptstadt abgehaltenen Generalversammlung des Bundes der Landwirte, welche schon seit Jahren die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ausgehenden Veranstaltungen der Grundbesitzerwoche einleitet, waren im Laufe des Sonntagtausende Teilnehmer eingetroffen. In dem Trubel des Sonntagverkehrs hoben sich die in ihrer früheren Entscheidung unerbittlichen Typen der Kollektenden sofort ab. Am Abend war sämtliche Bier- und Weinlokale sowie die Kaffeehäuser der fribel Gegenden von den auswärtigen Gästen überfüllt. Der Bund der Landwirte ist jetzt im Reichstag stärker vertreten. Aus dem Vorstand sind der zweite Vorsitzende, Dr. Rüdiger-Gersdorf, und der Bundesdirektor Dr. Diederich Gahn wieder in den Reichstag eingezogen, während sie 1903 bei den Wahlen unterlegen waren. Beide werden, ebenso wie der erste Bundesvorsitzende, Herr Wangerheim-Kl. Spiegel, auf der Bundesversammlung die leitenden Referate halten. Nebenbei sprechen der von den Freisinnigen gewählte Reichs- und Landtagsabgeordnete Kammerherr v. Hübner-Januschau über „Heimatspolitik und Kolonialpolitik“ und der Chefredakteur des Bundesorgans „Deutsche Tageszeitung“ Dr. Oertel-Berlin, über „Die erdrichtige Regelung der deutschen Handelsbeziehungen zum Auslande“.

Das Warenhaus der Agrarier.

Der Geschäftsbericht des Bundes der Landwirte, der der Bundesversammlung der Generalversammlung erstattet, hebt einleitend hervor, daß die Arbeiten für die Befestigung und Erweiterung der Organisation und die sorgfältige Vorbereitung der erst 1908 zu erwartenden Reichstagswahlen durch die unerwartete Auflösung des Reichstags jäh unterbrochen wurde. Die Abteilung „Organisation“ hat durch 72 Beamte und Arbeiter in ganz Deutschland 8718 Versammlungen abgehalten, ungerichtet der von den lokalen Organisationen abgehaltenen Versammlungen. Trotz der im vorigen Jahre beschlossenen 50prozentigen Erhöhung des Mitgliedsbeitrags, die auch, soweit es bei der vorgerückten Jahreszeit noch möglich war, zur Durchführung gebracht wurde, ist der Mitgliederbestand von 270 000 auf 282 000 in diesem Jahre gestiegen.

„Die landwirtschaftliche Bevölkerung kommt mit der Zeit immer mehr zu der Ueberzeugung, wie notwendig es für sie ist, eine mit genügenden Mitteln versehene, leistungsfähige politische Vertretung zu haben, die an den maßgebenden Stellen dafür sorgt, daß der internationale Großkapitalismus und Großhandel aus ihrer Haut nicht Niemen schneiden.“

Von den 282 000 Mitgliedern gehören 80 Prozent dem Kleingrundbesitz an, 10 1/2 Prozent sind mittlere Besitzer und 1/2 Prozent stellen die Großgrundbesitzer. Auch für dieses Jahr konstatiert der Bericht mit Genugtuung einen weiteren erheblichen Zuzug aus dem Großgrundbesitz. Handwerker und Gewerbetreibende gehören dem Bunde 26 000 an, während 23 000 landwirtschaftliche Mitglieder im Nebenberuf ein Handwerk oder Gewerbe treiben. Das Bundesblatt wurde wöchentlich in 184 000 Exemplaren verschickt. Von den Mitgliedsbeiträgen für das Jahr 1906 ist noch die geringe Summe von 1900 Mark rückständig. Vom Jahr 1907 erwartet der Bundesvorstand mit Sicherheit, daß die Erhöhung des Beitrags ohne Anstand gezahlt und dadurch die Bundesleitung eine noch größere Möglichkeit in die Hand gegeben wird, für die deutschen Landwirte Gutes zu erreichen. Ueber die

Wahl agitation

verbreitet sich der Bericht ausführlich. Der Bund hat sich an einer ganzen Reihe von Reichstagswahlkreisen im Jahre 1906 und an den allgemeinen Landtagsneuwahlen in einer Reihe von Bundesstaaten aktiv beteiligt. Der Bericht kommt zu dem Schluß, „Alles in allem kann konstatiert werden, daß auch in den Landtagen der verschiedenen Bundesstaaten der Einfluß des Bundes zunimmt und daß bei den Wahlen erfreulicherweise eine innigere Annäherung des städtischen Mittelstandes und der Landwirte stattgefunden hat. Gerade diese letzte Tatsache die auch bei der Agitation nach der Reichstagsauflösung zutage trat, berechtigt für den Ausfall späterer Wahlen zum Reichstag wie zu den Landtagen zu den besten Hoffnungen, die durch den Ausfall der Reichstagswahlen vollauf bestätigt worden sind.“

Kaufmännischen Abteilungen

der Verkaufsstelle des Bundes haben ohne Ausnahme mit gutem Erfolg gearbeitet. Die Maschinenabteilung hat Maschinen und Geräte im Werte von rund 450 000 Mark, die Abteilung für Originalsaatgut 358 574 Kilo Saatgut im Werte von 128 615 Mark vermittelt, die Abteilung für Düngemittel und Futtermittel hat 4 169 392 Zentner im Werte von 262 057 Mark vermittelt. Der Rabatt für die Bundesmitglieder pro 1906 stellt sich hierbei auf 216 546 Mark. Im Revisionenverband des Bundes der Landwirte sind 247 Genossenschaftliche vereint, denen die genossenschaftliche Zentralkasse des Bundes die nötigen Kapitalien vermittelte, und zwar mit einem Umfah von 171 Millionen. Die Bemühungen der Bundesleitung sowie der Leitung der Verkaufsstelle des Bundes, auch auf dem Wege der Selbsthilfe den Landwirten Hilfe und Unterstützung zu bringen, sind, wie die Zahlen beweisen, von Erfolg gekrönt gewesen. Die Verkaufsstelle mit ihren wirtschaftlichen Abteilungen ergänzen in glücklicher Weise die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Bundes auf sachtechnischem und kaufmännischem Gebiet.“

Gleichzeitig mit der Generalversammlung des Bundes der Landwirte beginnen am Montag die unter dem Namen „Große Landwirtschaftswoche“ zusammengefaßten

Veranstaltungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Die Mitgliederzahl der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, in der der gegenwärtige preussische Landwirtschaftsminister von Arnim-Criewen bis zu seiner Berufung auf den Ministerposten eine führende Rolle eingenommen hat, ist im letzten Jahre um 925 gestiegen und beträgt jetzt rund 16 200. Das Vereinsvermögen hat eine Zunahme von 170 000 Mark erhalten und beträgt jetzt 259 000 Mark. Der Beamtenkörper der Gesellschaft ist von 170 auf 180 Personen gestiegen.

Neu gebildet wurde eine Betriebsabteilung, welche die Aufgabe hat, lohnende landwirtschaftliche Betriebsmöglichkeiten namentlich durch Aufbarmachung der Ergebnisse der Geschäftstellen für Durchführung, durch Bearbeitung von Ermittlungen anderer Art über das landwirtschaftliche Betriebswesen und durch Veröffentlichung über das Betriebswesen zu fördern. In der Tierzuchtabteilung wird in diesem Jahre die Debatte der letzten Tagung über die Begriffsbestimmung von Rasse, Schlag, Stamm, Familie und Rinzucht fortgesetzt werden. In der Ackerbauabteilung wird Dr. Lothar Meyer über die im Laufe des Jahres von der Betriebsabteilung veranstalteten Unternehmung über die Rentabilität des ewigen Roggenbaues, das sogenannte Immergrünheim, berichten.

In Verbindung mit der großen Landwirtschaftswoche halten noch eine Reihe von verwandten landwirtschaftlichen Fachorganisationen und Interessentvertretern ihre Tagungen ab. So tagen der Verein der Spiritusfabrikanten Deutschlands (Spirituszentrale), der Verein der Stärkefabrikanten und der Kartoffelrodner Deutschlands am 12., 14. und 15. Februar. Der Verein der Spiritusfabrikanten feiert gleichzeitig seine fünfzigjährige. Auf einer Ausstellung der Deutschen Kartoffelkulturtagung, die vom 10. bis 16. Februar stattfindet, werden

Gewerkvereiner und Reichstagswahlen.

Die Gewerkvereiner scheinen an allen Orten ihre Helfer und Büttnere zu haben, die als Spezialität den Arbeitererrat betreiben. Wir lesen in der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ folgende Zusendung aus dem Ruhrgebiet:

In einer der letzten Nummern der „Metallarbeiter-Zeitung“ heißt es am Schlusse eines Artikels „Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und die Reichstagswahlen“: „Es wäre ein Schauspiel für Götter, wenn der Gefundungs- und Regenerationsprozess innerhalb der deutschen Gewerksvereine bei den Wahlen dadurch in die Erscheinung treten würde, daß die Hirsche von ihren Führern“ aufgefordert würden, nicht nur für die alles Arbeiterschutzes innerlich abholden Freimüthigen, sondern sogar für die nationalliberalen Scharfmacher Deumer, Franken e tutti quanti die Stimme abzugeben.“

Anknüpfend an diese Bemerkung möchten wir kurz auf die Vorkommnisse bei der Reichstagswahl in Bochum eingehen. In diesem Nieferwahlkreis ist von der sozialdemokratischen Partei unser Kollege Otto Hue, der den Wahlkreis während der letzten Legislaturperiode vertrat, wieder aufgestellt worden. Hue ist mit Geschick und Tatkraft für die Interessen des Wahlkreises, besonders der Bergleute und der Hüttenarbeiter, im Reichstag und außerhalb desselben tätig gewesen. Das wird allgemein anerkannt. Bekannt ist, welche großen Eindruck sogar bis in die Reihen der Konservativen hinein die große Rede Hues im Reichstag über die Lage der Arbeiter in Hütten- und Walzwerken hervorgebracht hatte. Ein Antrag wurde angenommen, wonach die Verhältnisse in der Schwerindustrie amtlich untersucht werden sollen.

Deumer, der Unternehmeragent, machte sich mit seiner von Sachkenntnis nicht getrüübten Entgegnung nur lächerlich. Den Scharfmachern der Metallindustrie lag die Tätigkeit Hues natürlich schwer im Magen und man machte alle Anstrengungen, Hue aus dem Wahlkreis Bochum wieder zu verdrängen. Zu diesem Zwecke gaben die Unternehmer die Gelder an die nationalliberale Parteileitung, um neben einem Generalsekretär sieben Parteisekretäre für den einen Wahlkreis aufstellen zu können. Diese Sekretäre sind eine sehr gemischte Gesellschaft. Einige davon sind „organisiert“, zum Teil „christlich“, zum andern Teil bei den „Hirschen“. Ein stammer Hirsch-Dunderscher nationalliberaler Parteisekretär stellte in öffentlicher Versammlung seinen eignen Vater als Trunkenbold hin, der Sozialdemokrat sei. Gut ab vor dem „Ehrenmann“!

In Versammlungen, Flugblättern und in der Kreisblatt-Prese begann die Schimpfkampagne aus dem Katechismus des Reichstagsverbands wider die Sozialdemokratie. Auf die „geistigen“ Ergüsse paßte das Wort Heines aus der „Disputation“ zwischen Rabbi und Mönch: „Jedes Wort ein Nachtopf, und kein Leerer.“ Ihren früheren Kandidaten Franken ließen die Nationalliberalen fallen und stellten einen angeblich außerordentlich arbeiterfreundlichen Oberbürgermeister, Haarmann von Witten, auf. Der Mann gab sich als harmloser Philister, es wurde ihm aber in der Presse nachgewiesen, daß er zum Beispiel bei der Rechenstilllegungsfrage die Interessen der Firdorf, Stinnes und so weiter vertreten habe. Zudem besagt das Wort „nationalliberal“ für jeden ehrlichen Arbeiter, der nicht geradezu ein Brett vor dem Kopfe hat, übergenug. Natürlich sagt der Wolf, wenn er

freundlichen Gesichts sich den Schafen naht, diesen nicht, daß ihm noch der Knochen vom letzten Fraße im Rachen steckt.

Nun erschien am letzten Tage vor der Wahl in nationalliberalen Blättern des Wahlkreises Bochum folgendes Bekenntnis einer schönen Hirschenseele:

Achtung Hirsch-Dunderscher Gewerksvereiner!
Die Provinzialleitung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erklärt an die örtlichen Organisationsorgane folgendes Rundschreiben: Werte Kollegen! Herr Dr. Haarmann-Witten hat, von mir interpelliert, folgende Fragen grundsätzlich mit ja beantwortet: Er ist für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, er ist für ein freies Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht, er ist für die Sicherstellung und den Ausbau des Koalitionsrechts aller Arbeiter ausschließlich der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter, er ist für den Ausbau des Arbeiter-schutzes und für die Fortsetzung der Sozialpolitik. Im übrigen gibt er die Versicherung ab, daß er das Wohl der unteren Stände fortgesetzt im Auge behalten werde. Da wir als Gewerksvereiner keine Veranlassung haben, unsere Gegner, die uns fortwährend bekämpfen, bei der Wahl zu unterstützen, habe ich diesen Weg eingeschlagen und erjuche hiermit soweit noch Kenntnis zu nehmen, dann mögen unsere Kollegen erst wägen, dann wählen, im übrigen sich aber ihrer Pflicht bewußt sein und bleiben. Mit kollegialem Gruß!

Wilhelm Bongers.

Der Unterzeichner dieses Glaubensbekenntnisses, Wilhelm Bongers, ist der Geschäftsführer des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Bochum. Zwar hat man nicht recht die Courage, offen zu sagen, was man will, aber:

Wird erst die Sünde geboren,
Wird sie heimlich zur Welt gebracht,
Und man zieht den Schleier der Nacht
Ihr über Augen und Ohren.
Wächst sie aber und wird sie groß,
So geht sie auch bei Tage bloß,
Und ist doch nicht schöner geworden.

Man beachte dabei: Die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter haben jetzt das Koalitionsrecht, sie können nicht bestraft werden, wenn sie streiken, der nationalliberale Kandidat jedoch, für den einzutreten den Gewerksvereiner nahegelegt wird, will das Koalitionsrecht für die Staatsarbeiter abgeschafft wissen. Auch hat der nationalliberale Kandidat der Rechen- und Walzwerkunternehmer, Haarmann, christlich organisierten Arbeitern gegenüber erklärt, „er könne es den Unternehmern nicht verdenken, wenn sie nicht mit fremden Vertrauensleuten der Arbeiter verhandeln wollten.“ Wahrscheinlich die Führer der Hirsche müssen ihre Mitglieder äußerst gering einschätzen, wenn sie ihnen eine derartige Zuneigung glauben bieten zu können, ohne sofort von einem Sturm des Unwillens weggejagt zu werden.

Und man beachte ferner: Unser Kollege Hue hat, indem er für die Walzwerkarbeiter eintrat, vorwiegend die Interessen der im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein „organisierten“ Kollegen vertreten, weil der Gewerksverein seit jeher prozentual mehr Mitglieder unter den eigentlichen Walzwerkarbeitern, Walzern, Rüdfern, Schweißern, hatte, wie der Deutsche Metallarbeiterverband, der vorerst die gelerntten Arbeiter umfaßt. Trotz alledem wollte man bei den Hirschen den traurigen Ruhm nicht fahren lassen, Arm in Arm mit den Scharfmachern Hue aus dem Wahl-

kreis Bochum und aus dem Reichstag zu verdrängen. Und da „entrißten“ sind solche bössartigen Gattlinge, wenn der Deutsche Metallarbeiterverband nicht mit ihnen zusammen arbeiten will!

Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie die Forderung der Proportionalwahlen zu den öffentlichen Körperschaften vertritt, so daß auch die Hirsche eine entsprechende Vertretung im Reichstag nur nach einer Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion erwarten könnten. Die „einzig wirklich neutrale Verursorgungsorganisation aller Metallarbeiter“ zeigt sich wieder einmal in aller Glorie! Die nationalliberale Hirschenpolitik, so schösel sie auch ist, wird aber doch nur sein „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“. —

Aus der Parteibewegung.

Verleumdungen. Genosse Webel hat der „Eldinger Zeitung“ folgende Richtigstellung zugeandt:

In der Nr. 33 Ihres Blattes veröffentlichte Sie eine private Zuschrift, wonach mein Freund Singer und ich und noch eine dritte Ihrem Gewährsmann unbekannt Persönlichkeit am Abend des Kaisergeburtstags in einem bekannten Weinrestaurant des Berliner Westens gefessen und Champagner getrunken hätten.

Die ganze Darstellung, an der kein Wort wahr ist, hat sich Ihr Gewährsmann aus den Fingen gefogen.

Ergebnis

A. Webel.

Die Geschichte, die zuerst in der Berliner „Nationalzeitung“ auftauchte, ist auch schon von einigen Blättern in unserm Verbreitungsgebiet erzählt worden. Ob sie nun auch von der Berichtigung Notiz nehmen werden? —

Der Breslauer Handabhaber beschäftigte am Freitag abends die Breslauer Strafkammer. Genosse Albert sollte durch eine Versammlungsrede die gesamte Breslauer Polizeimannschaft beleidigt haben. Es ergab sich indes, daß er nur den Breslauer Handabhaber als „seigen Halunken“ bezeichnet hatte. Die polizeilichen Belastungszeugen waren allerdings anderer Ansicht, das Gericht überzeugte sich indes, daß die Berichte überwachender Gendarmen keine zuverlässigen Quellen sind und sprach Albert frei.

Während der Verhandlung hatte Genosse Albert noch einen Versuch gemacht, den Handabhaber zu ermitteln. Er erklärte nämlich, der Mensch sei bald nach dem 19. April aus Breslau verseyt worden, weshalb der Breslauer Polizeipräsident gar kein Recht habe, für ihn Strafaufrag zu stellen. Falls das Gericht es ihm nicht glaube, bitte er Herrn Dr. Wienko als Zeugen zu laden. Leider ging das Gericht auf diese interessante Frage nicht ein; es glaubte dem Angeklagten und die Defensivität muß sich nach wie vor damit trösten, daß der traurige Held des 19. April „nicht zu ermitteln“ ist. Aber beim richtigen Namen darf man ihn nun nennen! —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Eine neue Scharfmacher-Organisation.

Die deutschen Reeder haben sich organisiert. Im Hotel Continental in Berlin ist vorige Woche ein Zentralverein deutscher Reeder gegründet worden. Etwa 50 Vertreter fast aller deutschen Reedereien aus Hamburg, Bremen, Lübeck, Kiel, Flensburg, Rostock, Stettin, Danzig, Königsberg usw. waren erschienen, um zu der wichtigen Frage der Gründung einer Verursorgungsorganisation Stellung zu nehmen. Die großen Reedereien, wie die Hamburg-Amerika-Linie, der Norddeutsche Lloyd in Bremen und andre, hatten mehrere Vertreter entsendet. Auch Generaldirektor Wallin von der Hamburg-Amerika-Linie wohnte den Verhandlungen bei. Verschiedene Reedereien, die nicht vertreten waren, hatten ihre Zustimmung zu der Vereinsgründung schon vorher kundgegeben.

Erwecken. Denn diese waren meist bestrebt, auch äußerlich in ihrem ganzen Wesen ihre Demut zum Ausdruck zu bringen, wie es auch unter Hauges Freunden im Westland Sitte geworden war, in einem klagenden, süßlichen Tone zu reden.

Madame Torbestad hatte nicht vergessen, daß sie die Witwe des Vorstehers der Brüdergemeinde war, und sie hatte beständig das Streben, mit ihrem Hause für den Mittelpunkt der religiösen Bewegung zu gelten. Darum legte sie ein großes Gewicht auf ihre kleinen Versammlungen, die halb Erbauungsabende, halb Abendgesellschaften waren, und aus demselben Grunde nahm sie Mieter bei sich auf, was sie der Einnahme wegen nicht nötig gehabt hätte.

Lauritz rechnete in der Einsicht nicht mit; ihn hatte sie auf inständiges Bitten von Freunden in Flekkefjord aufgenommen; aber die, die sonst bei ihr wohnten, waren geistlich gesinnte junge Leute, vorzugsweise umherziehende Latenprediger, die kamen und gingen und einige Tage unter den Freunden verweilten, zu gegenseitiger Erbauung und Unterhaltung. Und hierdurch erreichte Madame Torbestad, daß ihr Haus eine der Versammlungsstätten für die Erweckten in der Stadt wurde, und sie selbst eine der einflussreichsten Frauen, mit der sich häufig die Aeltesten berieten.

Schiffer Worje gegenüber war Madame Torbestad immer etwas weniger streng und ernst als gegen alle andern — ob es nun war, weil sie viele Jahre bei ihm zur Miete wohnte, oder ob sie glaubte, seine Seele auf diese Weise am besten für den Ruf der Gnade gewinnen zu können, oder ob sie möglicherweise andre Gründe hatte.

Jedenfalls war es auffallend, wie wenig Bibelworte und fromme Sentenzen sie in ihre Gespräche mit ihm einflocht; sogar die Wiße des munteren Kapitäns duldete sie und lächelte wohl auch einmal dazu, wenn sie vollständig harmlos waren.

Nachdem sie ihn daheim willkommen heißen und über Dies und das, was in seiner Abwesenheit vorgefallen war, gesprochen hatte, schloß sie mit der Frage, ob er nicht, da er doch einmal so allein wäre, Lust hätte, zum Abendessen zu ihr himüberzukommen. Es würde ihre Töchter sehr freuen.

„Kommen keine andern?“ fragte Jakob Worje mißtraulich.

(Fortsetzung folgt.)

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Schiffer Worje.

Erzählung von Alexander L. Skelland.

Unter Mitarbeit des Verfassers übersetzt von Dr. Friedrich Leskien.
(6. Fortsetzung.)

Es ging Schiffer Worje, wie es allen Leuten von leicht erregbarem Gemüte zu gehen pflegt. Die geringste Freude konnte ihn in ausgesetzene Stimmung versetzen und ihm über die größten Widerwärtigkeiten hinweg helfen; aber sobald umgekehrt in kleiner Verdruß ihm erst die Laune verdoeben hatte, so ging alles verkehrt, eine Flut von Unglück stürzte über sein Haupt, und es kam ihm vor, als sei niemand so vom Schicksal verfolgt und mißhandelt wie er — das heißt für diesen Tag; denn gewöhnlich brachte ihm der Schlaf seinen Gleichmut wieder.

Gerade heute war so ein Unglückstag von dem Augenblick an, als er von Randulf hörte, und daher hatte er nichts gefunden, was ihn erfreute, weder im Klub noch im Kontor oder im Laden oder im Seehaus, obgleich das Geschäft während seiner Abwesenheit untadlig gegangen war, und seine Leute viel mehr Lob verdienten, als sie erhielten.

Mürrisch und verdrießlich ging er in seinen hübschen, geräumigen Stuben auf und ab. Die Sonne stand niedrig im Nordwesten und über die Landzunge hinüber, die den Hafen von der Sandsgaardbucht scheidet, konnte er mitten in dem goldglänzenden Abendhimmel die Masten von der „Hoffnung der Familie“ sehen.

Aber es half nichts. Und nun erinnerte er sich oben-dreißig, daß der alte Hafenmeister Snell ihn im Klub in eine Ecke beiseite genommen hatte und ihm, den Finger an seiner langen roten Nase, zugeflüstert hatte: „Se! he! Jakob! es war Zeit, daß Du dem Alten ein paar Schillinge mitbrächtest. Man sagt — he! he! — er könnte es nötig haben jetzt.“

„Was Teufel meinte er damit?“ rief Schiffer Worje zornig, als ihm das jetzt einfiel, will das alte Rhinoceros mir einbilden, daß C. J. Garman in Geldnöten steckt! — puh! — „Was willst Du, Lauritz!“ schrie er plötzlich, als er seinen Leichtmatrosen in der Tür gewahrte. „Nichts, Kapitän!“ antwortete Lauritz lautmütig und verschwand wieder.

Aber Worje fuhr hinter ihm her, holte ihn auf dem Korridor ein und zog ihn mit sich in die Stube.

Lauritz hatte die Wahrheit gesagt; er wollte im Grunde nichts. Aber als er in seiner Trauer und großen Verlassenheit den Kapitän, der immer so gut gegen ihn gewesen war, an den Fenstern hin und her gehen sah, wagte er sich hinein, in der unbestimmten Hoffnung, möglicherweise ein oder den andern Trost zu finden.

Worje hielt ihn am Kragen fest und schaute ihn an. „Om, so, so, also noch einer, der keine tröstliche Heimkehr gebracht hat, kommt Zunge, laß uns ein Glas zusammen trinken, dann kannst Du mir hinterher erzählen, was Dir passiert ist.“

Schiffer Worje öffnete die Tür eines kleinen Schrankes, der in der Ecke stand, stellte zwei runde holländische Gläser heraus, schenkte Lauritz einen Kirchschnaps und sich selbst einen alten gelben Jamaika ein.

„So!“ jagte Worje, als sie getrunken hatten, „nun laß Deine Sorge und Deinen Kummer hören.“

Aber anstatt anzufangen, setzte Lauritz hastig sein Glas in den Schrank, erhaschte das des Kapitäns, stellte auch das hinein, schlug die Tür zu und nahm selber Platz auf dem Goldstuhl neben der Tür.

Worje glaubte, der Junge wäre berrückt geworden, aber ehe er Zeit hatte loszubrechen, klopfte es und Madame Torbestad trat ein.

Lauritz hatte sie am Fenster vorbeigehen sehen, und der Respekt vor ihr war ihm dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß ihr Anblick alle andern Gedanken aus seinem Kopfe vertrieb: denn sie nur nicht sah, daß sie trank.

Worje hätte es auch nicht gern gesehen, wenn Madame Torbestad ihn mit dem jungen Menschen beim Trinken er-tappt hätte; und er blinzelte jetzt Lauritz verständnisinnig mit einem Auge zu, während er Madame Torbestad auf den Sojaplatz geleitete.

Sie hatte einen schwarzen Seidenumhang um und einen dunkelgrauen Hut mit weit vorspringender Krempe und breiten Maskeinnändern auf. Ihre Kleidung und ihre ganze Persönlichkeit riefen den Eindruck soliden Wohlstandes und würdigen Ernstes hervor. Das große Doppelkinn und die aufrechte Kopfhaltung gaben ihr ein ehrfurchtgebietendes Aussehen. Dadurch unterschied sie sich von den andern

Die Vorarbeiten zu der Schaffung dieses Zentralvereins sind schon lange im Gange. Sie sind durch den letzten Streit zwischen den Mebereien und dem Verein der Offiziere für die Handelsmarine...
Der Zentralverein soll seinen Sitz in Hamburg haben, wo er auch gerichtlich eingetragen werden soll. Als Mitglied kann sich jeder deutsche Meeder, jede deutsche Meederei oder Schiffbauwerkstatt angeschlossen werden...

Der Zentralverein soll seinen Sitz in Hamburg haben, wo er auch gerichtlich eingetragen werden soll. Als Mitglied kann sich jeder deutsche Meeder, jede deutsche Meederei oder Schiffbauwerkstatt angeschlossen werden...
Die jährliche Beitragspflicht der anderen ordentlichen Mitglieder soll 15 Pfg. pro Brutto-Registertonnen ihrer Tonnage an Dampfmaschinen und 5 Pfg. pro Brutto-Registertonnen ihrer Segler-Tonnage betragen...

Ein Arbeitersekretär wegen Erpressung verurteilt. Schon einmal hatte diese Sache das Reichsgericht beschäftigt, wobei das Urteil des Landgerichts in Breslau aufgehoben worden war...
Der Sekretär wurde wegen Erpressung verurteilt. Er hatte im Juli 1905 im Auftrag der Ortsverwaltung Breslau des Gemeindefacharbeiterverbandes zehn gleichlautende Petitionsbogen verschickt...

Ein Arbeitersekretär wegen Erpressung verurteilt. Schon einmal hatte diese Sache das Reichsgericht beschäftigt, wobei das Urteil des Landgerichts in Breslau aufgehoben worden war...
Der Sekretär wurde wegen Erpressung verurteilt. Er hatte im Juli 1905 im Auftrag der Ortsverwaltung Breslau des Gemeindefacharbeiterverbandes zehn gleichlautende Petitionsbogen verschickt...

Ein Arbeitersekretär wegen Erpressung verurteilt. Schon einmal hatte diese Sache das Reichsgericht beschäftigt, wobei das Urteil des Landgerichts in Breslau aufgehoben worden war...
Der Sekretär wurde wegen Erpressung verurteilt. Er hatte im Juli 1905 im Auftrag der Ortsverwaltung Breslau des Gemeindefacharbeiterverbandes zehn gleichlautende Petitionsbogen verschickt...

Provinz und Umgegend.

Wahlbetrachtungen aus dem Kreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Wie in so vielen übrigen Wahlkreisen hat auch die Wahl im Kreise Wolmirstedt-Neuhaldensleben den Erwartungen vieler Parteigenossen nicht entsprochen. Gerade deshalb haben aber auch wir alle Ursache, nachzuforschen, weshalb trotz der sehr züchtigen Agitation und der nicht hinwegzuleugnenden Begeisterung...
Die Zahl der Stimmen, die der nationalliberale Gegner dadurch verlieren würde, wurden auf 500 bis 600 angegeben. In anderen Fällen glaubte man durch die diesmalige Anwesenheit der wahlberechtigten Schiffer in den von diesen fast ausschließlich besetzten Ortschaften an der Elbe, weitere 500 bis 600 Stimmen zu gewinnen...

Wahl haben wir am 25. Januar einen Gewinn von 694 Stimmen gegen 1903 anzunehmen, der sich in der Hauptfrage auf folgende Ortschaften verteilt: Neuhaldensleben 132, Wolmirstedt 73, Seebitz 46, Schwanitz 30, Samsleben 30, Ohmstedten 24, Nordgermersleben 25, Weller 23, Pielitz 21, Scharfshagen und Groß-Kottmar 20, und in 45 Ortschaften 1 bis 17 Stimmen. Demgegenüber steht aber auch ein Verlust gegen 1903 von 559 Stimmen. Hieran partikulärer mehrwöchigerweise gewisser Ortschaften, in denen eine beträchtlich größere politische und gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist. Es sind dies: Scharfshagen 22, Döhlitz 20, Samsleben 31, Ohmstedten 47, Neuhaldensleben 29, Groß-Kottmar 29, Scharfshagen 27...

Ummendorf 26, und 42 Ortschaften, darunter sogar Ohlstedt, mit einem Gewinn von 1 bis 20 Stimmen. Der absolute Gewinn am 25. Januar, im Vergleich zur Wahl des Jahres 1903, beträgt somit nur 135 Stimmen trotz regster Agitation. Selbstverständlich sind und waren auch hier für den Stimmenverlust dieselben Ursachen wie in anderen Wahlkreisen vorhanden, nämlich das Abschweifen einer Anzahl von bisherigen Mitgläufern in das Lager des Mittelständlers, und bei der späteren Stichwahl sogar in das Lager des nationalliberalen Mischmaschhandbiden. Andererseits ist das relative Mehr vor 694 Stimmen zumeist auf die intensive Agitation in Neuhaldensleben, Wolmirstedt und anderen Orten zurückzuführen. Es besteht fast ausschließlich aus Arbeiterstimmen.

Die Wahlbeteiligung war am Tage der Hauptwahl wie auch am Stichwahltag eine außerordentlich starke. Von 27 200 Wahlberechtigten haben am 25. Januar 24 441 ihr Wahlrecht ausgeübt, das sind im Durchschnitt 90,8 Prozent. In einzelnen Ortschaften, wie Gumbitzburg, Adendorf, Halenstedt, Morsleben, Neuenhose, Schwanitz, Weller, Wolmirstedt, Ohlstedt, haben sogar bis zu 94 Prozent gewählt. Diese überaus starke Wahlbeteiligung ist aber bis auf einen ganz geringen Prozentsatz zunächst dem Mittelständler Luda u (5932 Stimmen) und später in der Stichwahl dem Mischmaschhandbiden Fehlhauer zugefallen, der in der Hauptwahl am 25. Februar 9672 Stimmen, also 2977 Stimmen weniger erhielt als im Jahre 1903 sein Parteigenosse Sojann, der damals mit 12 649 Stimmen siegte. Die rund 400 Stimmen, die bei der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten mehr abgegeben wurden, sind, wie die Wahllisten ergeben, in der Mehrzahl auf das Konto der Luda u-Wähler zu buchen, deren Zahl von der Hauptwahl fast genau soviel abnahm, als die Stimmen für den Sozialdemokraten bei der Stichwahl zunahm. Die in fast allen gegnerischen Versammlungen zur Schau getragene Furcht vor einer drohenden Revolution oder doch wenigstens vor einem allgemeinen Umsturz mit einer darauffolgenden Leikerei zeitigte auch bei den Wählern des Reaktionsärs Luda u eine derartige Abneigung gegen die Sozialdemokratie, daß sie, wie fast allerorts in Deutschland, ihrem entschiedensten Gegner, dem agrarisch-nationalliberalen Mischmaschhandbiden Fehlhauer die Stimme gaben. Daß es auch in diesem Kreise an bedeutenden Beeinflussungen, soweit die reinen Landarbeiter in Frage kommen, nicht gefehlt hat, versteht sich von selbst. Verschiedene Entlassungen von Knechten, die angeblich dem Sozialdemokraten die Stimme gegeben haben, lassen darauf schließen, daß bei der Wahlhandlung trotz amtlicher Anweisung nicht alles so geblieben ist, wie es das Gesetz vorschreibt. In einer ganzen Reihe von Ortschaften sind beispielsweise Gefäße als Wahlurnen benutzt worden, die nicht nur durchsichtig, sondern auch so geformt waren, daß die Wähler genau aufeinander zu liegen kamen und in dieser Reihenfolge wieder herausgenommen und geöffnet wurden.

Nicht zum wenigsten ist der Ausgang der Wahl auf das Konto des Reichslügenverbandes zu setzen, der seine Schmutzschriften haufenweise verbreiten ließ und dadurch beitrug, daß die bisher fernstehenden Wähler vom Volkstrotz befallen wurden. Die Arbeiter des Kreises, wie bei dieser Wahl unter den schwierigsten Verhältnissen ihre zur Fahne der Sozialdemokratie gehalten haben, wissen nun, wo ihr Feind steht. Die große Anzahl der politisch Indifferenten muß für die Idee des Sozialismus gewonnen werden, koste es was es wolle. Daneben muß der Ausbau der politischen Organisation Schritt für Schritt auf das energischste vorgeschritten werden. Endlich muß für die Verbreitung der „Volkstimme“ mehr als bisher getan werden. Handelt jeder Parteigenosse im Kreise danach, dann wird uns die kommende Wahl ganz anders gerufen finden als diesmal.

Sämtliche Wahlkomitees des Kreises werden aufgefordert, die Abrechnung von der Wahl sofort dem Kassierer Stephan Dürre, Ohlstedt, Magdeburger Straße, einzusenden. Die Adresse des Kreisvertrauensmannes ist jetzt wieder: Wilhelm Ludwig, Maurer, Ohlstedt, Schützenortstr. 258.

Ohlstedt, 11. Februar. (Explosion.) Am Sonnabend abend gab im Frohweiden Lokale ein Zirkus-Vorstellung. Da das Karbidlicht im Saale nicht richtig brannte, gingen der Wirt und der Kellerer in den Schuppen, in dem der Karbidbehälter stand. Kaum hatten beide mit einem Schritte den Raum betreten, erfolgte eine starke Explosion der Karbidgase. Sämtliche Fenster Scheiben wurden zertrümmert, die Türen herausgerissen und das Dach des Schuppens teilweise abgehoben. Wirt und Kellerer wurden durch die Trümmer begraben, kamen aber mit einigen Verletzungen im Gesicht davon.

Burg, 11. Februar. (Kleinarbeit) zu leisten, ist Pflicht jedes Parteigenossen. Der letzte Wahlkampf hat uns mancherlei Erfahrungen gebracht, vor allem auch die, daß unsere „Volkstimme“ für uns eine mächtige Waffe geworden ist. Als Agitationsmittel auf den Dörfern hat sie uns sehr gute Dienste geleistet und die Aufnahme, die sie bei den Landarbeitern gefunden hat, beweist, wo wir mit unserer Agitation während der nächsten Jahre einzusetzen haben. Wer die Wirkungen auf dem Lande kennt, weiß, daß es ein Ereignis ist, wenn dort einmal eine Zeitung hinstellt, von der die Landbewohner wohl schon viel gehört, aber noch nichts zu lesen bekommen haben. Wir müssen erklären, daß die Nachfrage nach unserer Parteipresse auf dem Lande eine derartige war, daß wir noch Tausende von Exemplaren hätten verteilen können. Ja, das Interesse war ein derart großes, daß unsere Flugblattverkäufer, welche auch die „Volkstimme“ mit verbreiteten, sehr häufig erwartet und um die „Volkstimme“ betragt wurden, so daß häufig die Landarbeiter recht unwillig wurden, wenn sie keine Zeitung mehr abholten. Das ist ein gutes Zeichen für spätere Erfolge. Wir müssen unser Augenmerk in der kommenden Zeit darauf richten, welche Presse auf dem Lande zu verbreiten. Das ist nicht so schwierig, wie es scheint. Zunächst gilt es erst einmal die größeren Ortschaften zu besuchen und hier festen Fuß zu fassen. Es kann hierin in anderem Maße auch von den hiesigen Parteigenossen viel getan werden, wenn sie die geleisteten Nummern nicht wegwerfen, sondern aufheben, um sie gegebenenfalls bei der Hand zu haben, wenn nach Zuständen gefragt wird. Es ist jetzt an der Zeit, mit dem Zusammen der „Volkstimme“ zu beginnen. Wir können der nächsten Jahreszeit immer näher, und wenn es im Sommer hinausgeschoben wird, dann sollen diese Nummern zur Agitation für unsere Partei Verwendung finden. Manche Landarbeiter sind die Frage nach unserer Zeitung gestellt worden. Ist es ein Wunder, wenn sie sich bei den Redaktionen der bürgerlichen Kandidaten die letzten Sachen erzählen lassen? Jahraus, jahrein haben sie immer nicht zu lesen bekommen als die geistlose Provinzpresse, die ihre Hauptaufgabe darin erblickt, ihre Leser in der Unwissenheit zu erhalten und die Sozialdemokratie in der gefährlichsten Weise zu bekämpfen. Und wenn dann die Dörfer herankommen, dann werden die Landarbeiter noch mit Wort und Schrift reichlich der bürgerlichen Parteien so beehrt, daß er glauben muß, alles Heil bringt

nur ein bürgerlicher Kandidat. Soll hier ernsthaft Drucke geschlagen werden, dann muß unsere nächste Aufgabe die sein, unsere Presse auf dem Lande zu verbreiten. Was wir damit erreichen können, beweisen die Aussprüche vieler Landarbeiter, die im Wahlkampf zum erstenmal die „Volkstimme“ gelesen haben: „Ja, jetzt kriegen wir wenigstens mal was Bescheites zu lesen. Jetzt erfahren wir erst mal die Wahrheit!“ Das ist ein Fingerzeig für unsere weitere Arbeit. Laßt die Zeit nicht ungenutzt vorbeiziehen, sammelt die „Volkstimme“, damit sie gebraucht werde und Tausende von Exemplaren zur Verfügung steht. Noch eins. Wenn es heißt: hinaus aufs Land zur Agitation, dann sorgt dafür, daß ihr auf intensiverer mündlich agitieren könnt. Verfolgt also die politischen Ereignisse genau, damit ihr zu jeder Zeit gewappnet seid. Für unsere Parteipraktische Arbeit leisten wir können, damit den Tausenden Landarbeitern, die bis jetzt noch bürgerlich gewählt haben, die Augen über die wahren politischen Verhältnisse geöffnet werden. Aber nicht nur diesen gilt unsere Agitation, sondern auch denen, die schon Wähler unserer Partei sind, sie müssen gefestigt werden in ihrer Überzeugung. Wir sehen also, die nächsten fünf Jahre bedingen einen großen Aufwand praktischer Arbeit, weil endlich einmal unser Wunsch in Erfüllung gehen. Die Flugblattverkäufer, die bei der letzten Wahl ihre Schuldigkeit getan haben, fordern wir nochmals auf, wenn es heißt, aufs Land hinauszufragen, sich Mann für Mann wieder einzufinden, um die feste Tour zu bearbeiten. Was das heißt, wissen alle, die schon aufs Land hinaus waren. Also, auf denn zu neuer Arbeit!

— (Ein Erfolg.) Die Zuschneider der Firma Witwe Wolter erhielten durch friedliche Unterhandlungen eine Lohnaufbesserung von 5 bis 10 Prozent. Die Firma hat sich nie gegen Wünsche ihrer Arbeiter verschlossen gezeigt und ist daher auch in der Lage mit einem langjährigen, erprobten Arbeiterpersonal zu fabrizieren. Wir empfehlen den Arbeitern in anderen Fabriken den Wolterischen Arbeitern nachzueifern.

Halberstadt. (Eine Stadtverordneten-Sitzung) findet am 12. Februar im Dompropsteigebäude statt.

Halberstadt, 11. Februar. (Aus dem Straßen.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag sprang bei den Spriken ein Mädchen im Alter von 14 Jahren zum Fenster hinaus, weil ihr Vater sie züchtigen wollte. Das Kind, das nur mit einem Hemd bekleidet war, fiel davon. Bei der herrschenden Kälte kann das böse Folgen nach sich ziehen.

— (Generalversammlung.) Am Sonntag, 17. Februar, vormittags 11 Uhr findet im Gewerkschaftshaus in Halberstadt eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins statt. Die Versammlung soll sich mit der Agitation in der Zukunft beschäftigen.

Oschersleben, 11. Februar. (Aufklärende Artikel) nennt das „Kreisblatt für Oschersleben“ die von ihm vor der Wahl gebrachten Verleumdungen des Reichsverbandes. Es meint dann, die „Volkstimme“ sei darüber wütend. Das ist vorbei geraten; wir haben nur ein Gefühl des Bedauerns für eine Redaktion, die gegenwärtig ist, die Ergebnisse dieses Verbandes auszunehmen. In bezug auf die verschwendete Arbeiterfamilie sind dem Kreisblatt von bürgerlicher Seite Zuschriften zugegangen, von denen eine lautet:

So dankenswert Ihre Anregung ist, für die in Not befindliche Arbeiterfamilie ein Scherlein zu spenden, so würde es am zweckentsprechendsten sein, dem Manne zu einer Stellung behilflich zu sein, in welcher ihm ein auskömmliches Lohn gezahlt wird. Die eingehenden Beträge werden ja vorwiegend für die Familie über die bitterste Not hinwegzuhelfen, doch wird sich daselbst das Spiel im nächsten Winter wiederholen. Es würde übrigens die Allgemeinheit interessieren, zu erfahren, welcher Arbeitgeber bei der gegenwärtig herrschenden Teuerung einen Familienvater mit 9 Mark wöchentlich lohnen kann? Würde die öffentliche Mithätigkeit für die bedauernswerte Familie nicht in Anspruch genommen, so müßte sie tatsächlich am Hungertuche nagen oder sich auf's Stehlen verlegen. Welcher von den lieben Lesern würde sie verdammen, wenn sie das letztere vorzöge?

Diese Zuschrift stammt sicher von jemand der vielen Wohltätigkeitsleute aus sogenannten besseren Kreisen, die das Elend dieser Welt mit selbstgestrickten Falschwürmern und Strumpfen beseitigen wollen. Von den wirklichen Verhältnissen, unter denen die Arbeiter leben, haben sie nicht die geringste Ahnung. Wäre es anders, so könnte in der Zuschrift nicht die naive Frage nach dem Arbeitgeber, der es jetzt bringt, bei der jetzigen Teuerung eine Familie mit neun Mark zu entlohnen, gestellt werden. Die Arbeiter in der Landwirtschaft erhalten in und um Oschersleben selten einen höheren Lohn, sie alle müssen sich durch das Leben hungern. Die zur Hilfe aufgerufenen Bescheidenden von Oschersleben wissen das besser, es haben bisher vier Personen ganze 15 Mark gegeben, außerdem hat ein Gutsbesitzer sich erboten, den Verhungerten mit 14 Mark zu entlohnen, das wäre dann eine Mark mehr als er jetzt erhält. Von seinem 13 Mark betragenden Wochenlohn werden dem Arbeiter nämlich 4 Mark für Miete und Klempner in Abzug gebracht, so daß dann die 9 Mark verbleiben. Das „Kreisblatt für Oschersleben“ wird aber weiter „beweisen“, daß es den Arbeitern in Deutschland ausgezeichnet geht, daß sie keinerlei Ursache zur Unzufriedenheit haben und daß es nur die sozialdemokratische Partei ist, die die Arbeiter ausplündert und ausbeutet. Wir wiederholen deshalb unsere Mahnung an die Arbeiter von Oschersleben und Umgegend: hinaus mit solchen Blättern aus euren Wohnungen, abonniert die „Volkstimme“.

Staßfurt, 11. Februar. (Straßenreinigung.) Der Winter hat uns etwas Schnee und Eis gebracht. Die Beseitigung geschieht langsam. Augenblicklich wartet der Straßenreinigungsausschuss auf die wirksame Hilfe eines Bitterungsmittels. Unzulässig aber erscheint es, in der Beinenstraße, an der Einmündung der Fiebergasse, den kleinen Gießher, der sich dort gebildet hat, der Einwirkung der Bitterung zu überlassen. Diese Stelle zu passieren ist gefährlich und hier hätte zu allererst das Eis entfernt werden müssen.

— (Das Gewerkschaftskartell) hielt seine erste Sitzung im neuen Jahre am Freitag ab. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß es wegen der Reichstagswahl unuttunlich erschienen sei, früher eine Sitzung einzuberufen, daß sich aber nunmehr der Beratungsstoff so gehäuft habe, daß am 12. Februar wiederum eine Sitzung stattfinden müsse. Zugleich führt er an, daß der Handelslehrer Zwider die Führer in der „Volkstimme“ und im „Staßfurter Tageblatt“, die das Gewerkschaftskartell für ihn aufgegeben habe, immer noch nicht bezahlet habe. — In bezug auf die vorgeschlossene Grenzfreitritter tritt das Gewerkschaftskartell dem von den Gewerkschaftsvorständen am 25. Dezember 1906 gefassten Beschluß bei, der da lautet: „Der heutige Verband der angeschlossenen Gewerkschaften wird anerkannt. Die angeschlossenen Gewerkschaften verpflichten sich, nur da zu agitieren, wo noch unorganisierte Kollegen vorhanden sind, mit der Maßgabe, daß dieselben nur den für sie zuständigen Verbänden zuzuführen sind. Die Abgrenzung ist so vorzunehmen, wie die Generalkommission sie vorschreibt.“ Die Abrechnung von dem 4. Quartal 1906 wird genehmigt. In die Verwaltungskommission werden wiedergewählt: Kehler als Vorsitzender, März als Kassierer, Nagelschmidt als Schriftführer. Als Sekretär wird Wigorowski wiedergewählt. Bei der Neuwahl der Herbergskommission kommen einige Beschwerden über die Herberge zur Sprache. — In bezug auf die Weisung wird beschlossen, sie gemeinsam mit der Partei in ähnlicher Weise wie im Vorjahr zu begehen. Zur Vorbereitung wird eine Kommission gewählt, die mit der von der Volksvereinsliste gewählten zu gemeinsamer Beratung zusammenzutreten hat. — Die Beratung der übrigen Punkte der Tagesordnung wird auf Dienstag vertagt. — Gehört haben von den Fabrikarbeitern, Raleu, Kupferschmieden und Schneidern je 1 Delegierter ohne Entschädigung, von den Holzarbeitern und Zimmerern je 1 Delegierter entschädigt.

— (Biel und wenig Arbeit.) In der Maschinenfabrik Sauerbrey gibt es so viel zu tun, daß nicht allein fortgesetzt Heberunden gemacht werden müssen, sondern daß auch noch Nacharbeit zu Hilfe genommen werden muß. Im Gegensatz dazu hat Ludwig 2 am Sonnabend feiern lassen. Auf der einen Seite immense Gewinne und gesteigerte Abjaß für die Kalibaronen, auf der andern Seite für

Eingefandt.

Für diese Arbeit übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Unser Fiado bei den Reichstagswahlen.

Ein Parteigenosse sendet uns folgenden Artikel, den wir zum Abdruck bringen, obgleich wir nicht in allen Punkten mit dem Verfasser übereinstimmen. Vielleicht regt er auch andre Leser unsrer Blattes dazu an, ihre Meinung über das Wahlergebnis zu äußern. Der Einsender schreibt:

Die Reichstagswahlen sind vorüber. Mit freudigen Hoffnungen und stolzer Siegesüberfahrt zog die Sozialdemokratie in den Wahlkampf, aus dem sie als Besiegte zurückkehrte. Die kühnen Erwartungen der Optimisten, wie die bangen Besorgungen der Gegner, die Sozialdemokratie als die stärkste Fraktion im neuen Reichstag einzuziehen zu sehen, sind zunichte geworden, und an dessen Stelle ist die Dreimillionenpartei auf nahezu die Hälfte ihres früheren Bestandes reduziert worden. Aber nicht nur das allein, neben dem Verlust der Mandate hat die deutsche Arbeiterpartei auch einen prozentualen Stimmenrückgang zu verzeichnen, was gerade das betrübendste Resultat der Reichstagswahlen 1907 ist. Grund und Ursache zu ergründen, das wird die Aufgabe der einzelnen Parteiorganisationen sein.

Leicht erklärlich erscheint die Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen auf dem Lande, das bei einer Winterwahl für die Sozialdemokratie niemals so vorteilhaft abgeben wird, wie dies bei Sommerwahlen der Fall war, was in den natürlichen Verhältnissen begründet ist. Während die Landbevölkerung politisch indifferent und konservativ erhalten ist, muß es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, in geeigneter Art und Weise die Ideen des Sozialismus unter dem ländlichen Proletariat auszubreiten. Das wichtigste Mittel der Propaganda ist das gesprochene Wort. Die Schiffanierungen der Behörden, die politische wie soziale Minderständigkeit, sowie der durch Kirche und Schule eingetragene Haß gegen die rote Gefahr, und auch teilweise die mangelnde Solidarität der Genossen auf dem Lande haben uns die Möglichkeit genommen, Lokalitäten zu Versammlungszwecken zu erhalten, um so mehr haben wir aber wiederum versucht, in Gärten, Höfen und Feldern, sogar in Scheunen zu tagen, was aber bei Winterwahlen durch die unangünstige Witterung sehr beeinträchtigt wird. Kälte, Schnee und Regen, und die früh einbrechende Dunkelheit nehmen uns mehr die Möglichkeit zu agitieren, wie es im Interesse der Partei geboten erschiene. Des ferneren erschwerte bei den jüngsten Wahlen ein neuer Stern am politischen Himmel unsere Fortschritte, die Mittelstandsbewegung, eine Partei, zu der sich ein jeder der Landbevölkerung glaubt, wohl wegen des wohlklingenden Namens, rechnen zu müssen, obgleich er in den wirtschastlichen Verhältnissen lebend am Ende dem agrarisch-mittelständlichen Volkvolker zum Opfer fällt. Auch dieses jüngste Kind der bürgerlichen Reaktion wird nur ein Zertritt sein, wird nur solange locken und existieren können, solange es den Reiz der Neuheit ausstrahlt, es wird zwar den Siegeslauf der Sozialdemokratie erschweren, doch nicht hindern können.

Man aber zu dem städtischen Wahlkreis Magdeburg. Wie liegen hier die Verhältnisse? Da die vorhergenannten Folgerungen gar nicht in Betracht kommen, muß es hier eine andre Verwandlung haben, um den Verlust des sozialdemokratischen Mandats, das schon vor 23 Jahren in den Besitz der Sozialdemokratie überging, erklären zu können. Es mag wohl richtig sein, daß nicht allein der Verlust des Kandidaten der vereinten Bürgerlichen der Sieg zugesprochen ist, daß selbst ein Reaktionsär diese Stimmenzahl auf sich vereinigt hätte, daß aber ein Nichtwahlverfehl, ein Kapitalist, dieselben Erfolge verzeichnen sollte, ist vielleicht sehr zweifelhaft, da die Wähler, die sich für einen Bureaukraten erklärten, einem Robelt gewiß ihre Stimme gaben, aber die Gewerkschafter, Kleinkrämer, sogar Arbeiter hätten der Sozialdemokratie am Ende als kleineres Übel den Vorzug gelassen. Es mag demzufolge allerdings zutreffen, daß die 24 000 Stimmen Pfandstück gründliche Anhänger der roten Internationale sind, wogegen bei vorherigen Wahlen die Sozialdemokratie die Stimmen Tausender von Mitläufern auf sich vereinigte, die alsdann den Ausschlag gegeben haben.

Die Verschmelzung 2 Partei mit den Gewerkschaften auf dem Mannheimer Parteitag und ihr Eintreten für die Genossenschaftsbewegung in Magdeburg hat dahin geführt, daß die Mitläufer zur gegnerischen Partei übergingen. Das immense Wachsen der freien Gewerkschaften hatte auch ein Wachstum ihrer Macht und ihrer Bedeutung zur Folge. Von dem Grundsatze, was nicht mit uns ist, ist gegen uns" ausgehend, wurden die Kontraste zwischen den Gewerkschaften größer und trasser und nahmen am Ende eine derartige Form an, daß selbst in wirtschaftlichen Fragen ein Zusammengehen nicht mehr möglich war. Da aber Partei und Gewerkschaften identifiziert wurden, so waren die Feinde der Gewerkschaften auch Feinde der Sozialdemokratie, deren Mandatsverlust sie alsdann mit verschuldeten.

Ein anderer Gemischtz der politischen Entwicklung wurde die Genossenschaftsbewegung. Die ärgsten Feinde der Genossenschaften, die Kleinrämer, die größtenteils aus dem Arbeiterstand hervorgegangen, früher zur Fahne der Demokratie hielten, identifizierten die Genossenschaften mit der politischen Bewegung und wurden, da sie ihre Existenz bedroht glaubten, sogar samatische Kämpfer gegen die Sozialdemokratie. Welche Macht gerade das Kleinrämerium bildet, das mögen die Reichstagswahlen im Lande der Genossenschaften, in Sachen, zeigen, als dessen treffliches Gegenstück das genossenschaftslose Berlin dienen könnte. Man könnte ja eine Verechtigung dieser Taktik allerdings anerkennen, wenn die Lehre vom Verschwinden des Kleinbetriebs und Kleinrämeriums und Konzentrierung des Kapitals in den letzten Jahrzehnten durch die Tat bewiesen worden wäre; dies ist aber nicht der Fall, vielmehr hat der Kleinbetrieb, entgegen unserer Prognostik, sogar eine Zunahme zu verzeichnen gehabt. Wohin würden wir da mit unserer Genossenschaftspolitik kommen? Mag auch das Konjunkturbereinstimmen eine Art von Sozialismus sein, die Sozialdemokratie als Partei hat nicht den Beruf, Genossenschaften zu gründen, noch zu erhalten, das ist Sache der Arbeiterschaft.

Da nun die gesamte Arbeiterschaft Magdeburgs sowie die Angehörigen der freien Gewerkschaften nicht ausreichen, einen Sieg der Sozialdemokratie zu ermöglichen, so muß sich unsere Anhängererschaft auch in die Reihen des Bürgertums erstrecken. Es wird bedauerlicherweise nur ein geringer Prozentsatz sein, der der Sozialdemokratie sein Vertrauensvotum erteilen wird, nicht genug, um die eigenen Verluste in der Arbeitererschaft decken zu können, wie könnte es alsdann möglich sein, gegenüber einem geschlossenen Gegner die Majorität der Stimmen auf sich zu vereinigen. Wird das Handlungsgeliefenproletariat, das sich in den Verbänden des Antisemitismus organisiert, sich unseren Reihen anschließen, oder wird sich das Unterbeamtenum, frei von allem Standesdünkel, sich zur roten Fahne erklären können? Zweifelhafte erscheint es allerdings, denn die eingefleischte Servilität des Beamtenstandes, die politische Indolenz hat in dem gesamten Bürgertum derartige tiefe Wurzeln geschlagen, daß es für Jahrzehnte unumgänglich erscheint, durch den Gedanken des Sozialismus diese Festschleifer der Reaktion auszurotten. Um so mehr muß es unsre Pflicht sein, selbst Gegner unserer Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung durch Neutralisation derselben für die politische Richtung zu gewinnen: alsdann würden auch diese Wähler uns mitbar sein im Kampfe zur Erreichung der politischen Macht, kein Stand, keine Klasse im Deutschen Reich vereinigt die Majorität der Wähler auf sich, und keinem Stand wird es daher gelingen, durch die Macht seiner eignen Reihen, Herr der Gesellschaft zu werden, auch dem deutschen Arbeiterstand nicht. Das gesamte Volk allein wird die Mehrheit bilden können, dessen Willen sich einstmals die herrschende Klasse trotz Geld und Eisen und Pulver fügen muß. Da dürfen wir nicht nur allein Arbeiterpartei sein, sondern müssen Volkspartei werden, da dürfen wir nicht nur eine Arbeiterpartei, sondern eine Volkspartei sein, die nur allein auf politischem Wege zu erreichen ist. R. K.

berberthigen Dredgen an Bord. Man glaubt, nach dem Gesamterfolge dieser Versuche annehmen zu dürfen, daß bei sachgemäher Unterbindung dieses Mittel die Rutter mit weit weniger Gefahr auch in schwersten Stürmen auf See ausgeführt sein können, und es wird deshalb angezogen, die Mitführung einer genügenden Menge dieses wellenberuhigenden Mittels den Seefischern zur Pflicht zu machen.

Eine der reichsten Frauen der Welt ist die amerikanische Gutbesitzerin Mrs. H. M. King. Ihr Landbesitz umfaßt mehr als eine Million Acres, ist also so groß, wie der ganze Staat Delaware. In Santa Gertrudes, Texas, liegt Mrs. Kings Farm; durch den Anlauf der benachbarten Laueles-Farm, die einen Flächeninhalt von 170 000 Acres hat, ist die geschäftstüchtige Dame zur Besitzerin des riesigen Landgutes geworden. Ein Viehbestand von über 100 000 Köpfen weidet auf ihrem Boden, und die St. Louis-Brownsville- und Mexiko-Eisenbahn, die ihr Gebiet durchquert, muß mehr als hundert englische Meilen zurücklegen, um den Besitz zu durchschneiden. Die Kiesenfarm wirft einen kolossalen Gewinn ab. Zwar dient der weitaus größte Teil des Landes der Viehzucht; aber der Boden ist so fruchtbar, daß er ungeschwer kultiviert werden kann. In den letzten Jahren hat sich der Wert des Besitzes durch das Steigen der Landpreise vervundertacht; der Acre, der vor kurzem noch 15 bis 20 Cents kostete, repräsentiert heute einen Durchschnittswert von 15 bis 20 Dollar. Da in allen Teilen des Gebiets Wasser gefunden wird, würde es nicht schwer sein, das Land mit Kiesenanlagen zu versehen. Ein solcher Boden wird, wenn er kultiviert wird, in Texas mit 150 Dollar pro Acre bezahlt. Mrs. King plant bereits, ihren ganzen Besitz durch entsprechende Brunnenanlagen zu bewässern und es alsdann an Farmer zu verpachten.

Kleine Chronik.

Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe.

Das bayrische Justizministerium hat der unschuldig im Zuchthaus gewesenem, im Wiederanfahrverfahren von den Geschwornen freigesprochenen Oberin Elise von Heuser in München eine Entschädigung zugebilligt. Sie beträgt 4450 Mk. Kapital nebst einer lebenslänglichen monatlichen Rente von 114 Mk. ab 1. Januar 1907. Heuserin von Heuser hat von den sechs Jahren Zuchthaus, mit denen sie wegen des vermeintlichen Giftmordversuchs an ihrem Dienstmädchen Minna Wagner von den Münchner Geschwornen verurteilt worden war, 2 1/2 Jahre abgeblüht.

Bergarbeiterlos.

Aus Deuthen wird gemeldet: Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Feinöl-Grube. Bei einem Nacht in der Grube plötzlich ausgebrochenen Brande wurden drei Grubenarbeiter durch zusammenstürzende Gesteinsmassen schwer verletzt. Außerdem erlitten sie mehr oder weniger schwere Brandwunden. Einer der Verunglückten ist bereits auf dem Transport nach dem Knappschafts-Spizareth gestorben. In der Grubenrube bei Fardze waren die Arbeiter Maschel und Widzjol mit Aufsprennen einer neuen Maschinenstube beschäftigt, als einzelne Schiffe vorzeitig lösgingen. Maschel wurde vollständig zerstört. Widzjol erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Auf der Fache Luna in Altesessen stürzten zwei verheiratete Bergleute in einen Schacht. Beide waren sofort tot. Der eine hinterließ eine Frau und acht Kinder. Auf der Fache Prinzregent bei Langendreeer wurde ein Arbeiter dadurch getötet, daß ihm ein Rangierzug den Kopf abfuhr.

Vom polnischen Schulstreik.

Das Schöffengericht in Hohensalza verurteilte den 12 Jahre alten Schüler Bohnstall aus Kostelitz wegen gefährlicher Körperverletzung zu 10 Mark Geldstrafe. Er war nach der Anklageschrift beschuldigt, seine Mitschüler aus Haß darüber, weil sie im Religionsunterricht nicht mitstreifen wollten, geschlagen zu haben. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte 30 Mark Geldstrafe beantragt.

Eine Gewerkschaft bestohlen.

In das Bureau des Verbandes der Bauhilfsarbeiter im Hause Engelfer 18 zu Berlin sind Einbrecher in der Nacht zum Sonnabend eingedrungen. Es gelang ihnen, den Geldschrank zu eröffnen und seinen gesamten Inhalt sowie eine Kassette mit 5600 Mark mitzunehmen. Das Bureau ist gegen Diebstahl versichert. Von den Einbrechern fehlt noch jede Spur.

Schüler und Lehrer.

Aus Berlin wird berichtet: Die drohende Entlassung ihres früheren Lehrers abzuwenden, haben sich dessen ehemalige Schüler zusammengesetzt und sich in einer Eingabe an den Magistrat gewendet. Es handelt sich um einen Herrn, der an der Fachschule für Maschinenbauer und im Gewerbeamt unterrichtet. Seine Stellung ist ihm mit der Begründung aufgelöst worden, daß sein Unterricht keine Erfolge aufzuweisen habe. Darauf hat sich der Verein ehemaliger städtischer Maschinenbauhilfsarbeiter mit den früheren Besuchern der Tagesklassen des Gewerbeamtes und der Fachschule für Maschinenbauer aus den Jahrgängen von 1903—1906 zu dem erwähnten gemeinsamen Schritt entschlossen. In der Eingabe erklären die Herren, sie seien mit dem Unterrichte des betreffenden Lehrers nicht nur in hohem Maße zufrieden gewesen, sondern müßten auch jetzt, da sie bei der praktischen Arbeit und in den Konstruktionsbureaus tätig seien, die vorzüglichsten Erfolge ihres Lehrers anerkennen. Demgemäß würde nach ihrer Ansicht das Ausschneiden des betreffenden einen schwer zu ersehenden Verlust für die Schule bedeuten, und sie bitten daher, die Kündigung rückgängig zu machen.

Massenvergiftung.

Eine Massenvergiftung durch Kohlenegas ist auf einem Gute in der Nähe von Goltz vorgetommen. Sieben Polenmädchen wurden Sonntag früh vom Verwalter des Domänenparks Sundhausen durch Kohlenoxydgas vergiftet vorgefunden. Eins der Mädchen hatte Sonntagabend den Deckel eines Grubeofens geöffnet. Zwei Mädchen sind tot, vier sind schwer erkrankt.

Ein Mädchenhändler.

Ein Mädchenhändler, der, als Matrose verkleidet, junge Mädchen über Holland ins Ausland schleppte, wurde in Ostfriesland unweit Pölin verhaftet. Der Mann war dadurch aufgefallen, daß er sich nach "Modellen" für einen reichen Herrn erkundigte. Zum Augenblick der Verhaftung mit einem neuen Opfer wurde er verhaftet.

Zunahme der Kälte.

Nach einer Meldung der Wrodenstation ist in der Nacht zum Sonntag im Oberharz das Thermometer wieder unter 25 Grad gesunken und eine weitere Kältezunahme in Norddeutschland wahrscheinlich.

Eine Hüllenschleife.

Aus Paterson (New-Jersey) wird gemeldet: Dem Bürgermeister Cortese wurde durch Entzündung von Newark eine Hüllenschleife ins Haus geschickt. Beim Desinnern explodierte die Maschine und zerriß ihn in Stücke.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgeschickt. Besprechung vorbehalten.

Le Traducteur (15. Jahrgang) und The Translator (4. Jahrgang), Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen und deutschen Sprache. Bezugspreis je 2,50 Frank halbjährlich. Probemonat kostenlos durch den Verlag des Traducteur oder des Translator in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Punkte. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzen (Herausgeber: Georg Bernhard). 6. Heft des 4. Jahrgangs. Abonnements vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 Mark, direkt vom Verlag 4,00 Mark. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg Weichselstraße 69.

die schlecht gelohnten Kuliarbeiter noch Feterschichten. Und dann wundern sich die Herren, daß ihr Wählerschiff so wenig Stimmen erhält.

Thale, 11. Februar. (Bohnabzüge und Reichstagswahl.) Bei der Lohnzahlung am 8. Februar ist den Arbeitern, die an dem Bau der Blankenburg-Thale-Dübbinburger Bahn beschäftigt sind, je 1 Stunde (die sie am Wahltag früher die Arbeit verrichten hatten) vom Lohn abgezogen worden. Die Arbeiter stellen in der einen Kolonne den Unternnehmer Preuss junior zur Rede. Dieser erklärte ihnen folgendes: „Soll ich Ihnen vielleicht die Stunde auch noch bezahlen, da Sie doch die Umkleipartei gewählt haben.“ Als ihm bedeutet wurde, daß er dies nicht beweisen könne, meinte Herr Preuss ärgerlich: „Das hat man ja in Thale gesehen!“ Diefelbe Praxis des nicht gefühligen Lohnabzugs ist auch auf dem hiesigen Sägerwerk der Firma A. Wientert geübt worden. Den dort Beschäftigten sind meistens 2 Stunden abgezogen worden. Der Leiter dieses Werkes ist der Geschäftsführer Herr Otto Martin, welcher Österreicher ist. Gestimmtheit war er bei Ausstellung der Wählerliste als Wähler mit eingetragen, ist aber vor der Wahl wieder gestrichen worden. Nach § 16 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind diese Abzüge unzulässig, und die Arbeiter müßten darauf beharren, daß ihnen der Abzug zurückerstattet wird. Bei der Firma Wientert werden Löhne von 2,25 Mark im Durchschnitt gezahlt; die höchsten Lohnsätze betragen 2,40 bis 2,50 Mark.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 9. Februar 1907.

Ein Schulknabe ins Gefängnis. Der 16 Jahre alte Arbeitshilfe Franz Vogelmann und der 14 Jahre alte Schulknabe Franz Fischer, beide aus Uckerhagen, wovon der erste wegen Diebstahls schon einmal mit einem Verweis und der letzte mit 2 Wochen Gefängnis bestraft, deren Vollstreckung aber ausgesetzt wurde, sind gefänglich, alles Eisen gestohlen und für 1,50 Mark verkauft zu haben. Beide erhalten 1 Monat Gefängnis.

Schweine diebe. Der Schachtarbeiter H. Gite und dessen Ehefrau Johanne geb. Jöbler aus Ströbed haben am 18. Oktober auf dem Dörschberger Markt Schweine gekauft, Frau Nohlach aus Ströbed ebenfalls. Der letzte ist unterwegs ein Schwein entlaufen. Die Eheleute Gite werden beschuldigt, es eingefangen zu haben. Wegen mangelnder Beweise mußte Freisprechung erfolgen.

Schwerer Diebstahl. Die Maurer Karl Heidecke und Franz Welterlein aus Halberstadt sind in der Nacht zum 22. Dezember 1906 in Wehstedt in den Keller der Witwe Saay eingedrungen und haben versucht, Wurst und Fleisch zu stehlen, außerdem haben sie die Ledertasche mit 15 Mark Inhalt geraubt. Dabei wurden sie abgefaßt. Der Angeklagte Heidecke jagte, er hätte es aus Not getan, worauf der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Voitzly, ihm antwortete: „Maurer verdienen im Sommer so viel, daß sie im Winter keine Not leiden brauchen; Sie haben doch wohl Geld ausgegeben, was nicht nötig war, z. B. für die Gewerkschaft.“ Auf die Entgegnung des H.: „Davon habe ich doch meinen Vorteil“, jagte Voitzly: „Davon haben Sie keinen Vorteil, das sollten Sie sich sparen. Heidecke wird wegen schweren Diebstahls, Führung eines falschen Namens und Sachbeschädigung — er hatte versucht, aus der Zelle zu entweichen — zu 9 Monaten Gefängnis und 1 Woche Haft verurteilt. Welterlein erhält 3 Monate Gefängnis sowie beide 3 Jahre Ehrverlust.“

Unzüchtige Handlungen. Auf der Anklagebank muß der 69 Jahre alte Invalide Andreas Fäbsteung aus Balthem — F. hat zwei Stelzfüße — Platz nehmen. Es bekamt sich schuldig, an Kindern unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Das Urteil lautet auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Schlägerei. Die Arbeiter Friedrich Leuchfeld, Wilhelm Hufe und Friedrich Ehrenberg aus Wiedersleben haben sich gegenseitig verwundet. Dafür erhielt vom Schöffengericht Leuchfeld 3 Monate, Hufe 2 Monate und Ehrenberg 2 Monate Gefängnis. Die ersten beiden legten Berufung ein, die aber verworfen wurde.

Der „gnädige“ Herr. Am 6. und 7. Februar kam vor dem Dörschberger Landgericht ein Strafprozeß zur Verhandlung, der in seinem Verlauf unsre Auffassung über die gegenwärtige Strafgerichtsverfassung wiederum im vollen Umfange rechtfertigt. Der gefährlichen Körperverletzung angeklagt war der Rittergutsbesitzer Dr. jur. Johann Heinrich Hermann Freiherr von Friesen auf Schleinitz bei Lommahay. Die zwei Tage in Anspruch nehmende Verhandlung ergab folgendes: Am 22. November machte der Freiherr eine Ausfahrt nach der nahegelegenen Stadt und kehrte im Hotel zum goldenen Haß ein. Er hatte ein Paar Pferde angepannt, die sehr leicht scherten. Trotzdem hatte er seinem Kutscher verboten, jemand anders die Pferde halten zu lassen. Man hatte der Kutscher das Unglück, daß ihm die Pferde plötzlich durchgingen, während er sich nicht auf dem Boden befand. Sie rasten die Straße entlang und wurden dort aufgeschalten und zurückgebracht. Die Pferde selbst waren unverletzt, der Wagen aber beschädigt. Als der Freiherr dazu kam, schlug er mit einem Knüttel von 8 1/2 Zentimeter Umfang dem Kutscher über den Kopf, daß das Blut herunterließ und dieser in ärztliche Behandlung gehen mußte. Der angeklagte Freiherr verurteilte nun die Tat selbst als einen Akt der Notwehr hinzustellen. Nach der Darstellung eines Schutzmanns und vier anderer Personen, die zufällig Zeugen des Vorfalles waren, trat der Freiherr an den zurückgebrachten Wagen heran und zügelte sich mißbilligend über den Kutscher. Dann kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und seinem Kutscher, in dessen Verlauf der letztere zu seinem „Herrn“ jagte: „Der gnädige Herr hat ja verboten, daß jemand anders die Pferde halten darf, dann kann das Unglück eben passieren.“ Darauf ging der Freiherr mit dem Stock in der Hand auf den Kutscher zu, der Kutscher erhielt damit einen wuchtigen Schlag auf den Kopf und der Schutzmann habe dann nur noch bemerkt, daß der Kutscher das Gesicht des Freiherrn angefaßt hielt und ihn so etwa 3 Schritte zurückdrängte, worauf er die beiden auseinandergebracht habe. Darauf wandte sich der Freiherr sofort zu den umstehenden Zeugen des Vorfalles und jagte: „Sie haben doch gesehen, daß er angefangen hat.“ Einmündig wurde ihm die Antwort: „Nein, Sie haben angefangen!“ Die Darstellung des Angeklagten, wonach er zuerst angegriffen worden sei, wurde durch keine Zeugen bestätigt. Der Staatsanwalt beantragte nach dem erwähnten Ergebnis der Beweisaufnahme Verurteilung des Angeklagten. Das Gericht erkannte unter Vorsitz Dr. Weders auf Freisprechung mit der Motivierung, daß der Angeklagte das Gefühl gehabt hätte, er dürfte die Worte seines Dieners nicht gefallen lassen. Die Zeugenansagen wichen beneinander ab. Der Kutscher sei sofort auf ihn eingedrungen, dann habe er erst den Schlag erhalten. Das aggressive Vorgehen des Kutschers gegen den Angeklagten müßte als Angriff aufgefaßt werden. Die Auffassung des Gerichts über die Tat- und Rechtslage gegenüber den Zeugenansagen beweist, wie dringend notwendig der Ersatz gelehrter Richter durch aus allen Teilen der Bevölkerung entnommene, durch das Volk gewählte Laienrichter ist.

Bermischte Nachrichten.

* Künstliche Vernichtung der Wellen. Auf Veranlassung des Deutschen Seefischerbundes haben mehrere Fischerkutter der Seefischerflotte der Untersee mit einem Gemisch von Stickstoffstrahl Versuche zur künstlichen Vernichtung der Wellen unternommen, über deren Ausfall sie jetzt berichten. Die Kutter haben in schweren, orkanartigen Stürmen draußen auf See vor der Küste getrieben, und dieses Gemisch aus 30 Teilen Stickstoffgas, 8 Teilen Amphoterol und 2 Teilen Petroleum mittels durchlöcherter Leinwandbeutel zur Anwendung gebracht und damit gute Erfolge erzielt. Die Kutter, die vor der hohen See nicht eine der

die im Jahre 1906 unternommenen Versuche zur Darstellung gebracht werden, auf der Ausstellung der deutschen Erzeugnisse in Brüssel 1905 die besten Preisgerichte von 1906 mit bestimmtem Gewichte.

Während die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft sich ausschließlich mit landwirtschaftlichen Sachfragen beschäftigt und politische Fragen nicht zur Erörterung kommen, wird die Generalversammlung des Bundes der Landwirte vom Montag an den beiden nachfolgenden Tagen, Dienstag und Mittwoch, ihre Fortsetzung in der Generalversammlung der

Steuer- und Wirtschaftsreformer

finden, in welcher aktuelle agrarpolitische Tagesfragen diskutiert werden und die konservativen Politiker Freiherr von Wirsbach-Sorquitten, Landesdirektor Freiherr von Mantuffel-Erosfen, Graf Ranitz, von Karlowitz und Dr. Krenndt die führende Rolle spielen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 11. Februar 1907.

Die Bäckermeister und die Antisemiten.

Im Briefkasten des hiesigen antisemitischen Wochenblattes lesen wir:

Bäckermeister. Hier. Gewiß, es ließe sich über die von den Magdeburger Sozialdemokraten verteilte Broschüre „Die Verhältnisse in den Magdeburger Bäckereien“ sehr viel sagen und auch viel entgegennehmen. Wir würden auch den angegriffenen Bäckermeistern zu Hilfe kommen, wenn sich das Gros dieser Kunst uns gegenüber nicht stets ablehnend verhalten hätte. Als am 1. Januar das Abonnementgeld für die „Sachjenschau“ eingekassiert wurde, ließen uns zwei Bäckermeister, für welche ein Kollege das Bezugsgehalt für das vorige Vierteljahr bezahlt hatte, derartige Redensarten bestellen, wie sie bisher weder ein Jude noch ein Sozialdemokrat uns gegenüber gebraucht hat. Ehe diese von der Sozialdemokratie angegriffenen Berufsstände nicht ein andres Verhalten uns gegenüber zeigen, treten wir für sie auch nicht mehr ein. Unsere Gesinnungsgenossen in diesen Ständen sind damit einverstanden.

Den Bäckermeistern wird also die wertvolle Hilfe des Antisemitenblattes nicht zuteil werden, wenn sie nicht schnell auf die „Sachjenschau“ abonnieren. Die Magdeburger Judenpresse haben wirklich eine hohe Meinung von den Aufgäben der Presse, sie ist beinahe noch höher wie die des Herrn Dr. Winter über die Bekämpfung der „Schmach des Jahrhunderts“.

Die Terrorismus-Schauermär.

Eine ungeheure Erregung herrscht unter den Arbeitern auf dem Grusonwerk. Die Polizei hat am Sonnabend noch weitere sechs Arbeiter aus der Werkstätte heraus verhaftet, die an dem „Landfriedensbruch“ beteiligt gewesen sein sollen, als welchen man in ungläublicher Uebertreibung jenen harmlosen Vorfall am Mittwochabend bezeichnet, in dessen Mittelpunkt der „einarmige“ Drehorgelspieler und reichstreu „Arbeiter“ Haase stand. Vier Kriminalbeamte und drei Schüßler durchwanderten am Sonnabend in Begleitung der beiden Reichstreuen, Schleifer Schönebeck und Schlosser Schägle (nicht Schegler, wie wir gestern schrieben), die Fabrik. Diese beiden jaubern Wurschen bezeichneten den Beamten die Arbeiter, die sich angeblich bei dem Terrorismus gegen Haase hervorgetan haben sollen. Und diese so denunzierten Arbeiter wurden dann von der Polizei verhaftet. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß über diese beiden Schurken unter den Arbeitern grenzenlose Empörung herrscht. Der Denunziant war noch von jeher der größte Kamp im deutschen Land. Bei dem Schägle kommt noch hinzu, daß sein Denunziantentum offenbar ganz niedrigen Nachgelassen entspricht, besonders in bezug auf Beden und Beden. Zwischen diesen und Schägle bestehen schon seit langem aus privaten Gründen Zerwürfnisse; mit Freuden benutzte nun Schägle die Gelegenheit, um jenen Nachgelassen freien Lauf zu lassen und Leute zu denunzieren, denen nicht das mindeste nachzusagen ist.

Die Zahl der Inhaftierten beläuft sich auf dreizehn. Außer den von uns am Sonnabend Genannten befinden sich in Haft die Dreher Franz Hey, Gustav Hey, August Brandt, Otto Bremer, Fritz Vollbrecht und der Schmied Richard Lehmann. Der Schlosser Fockel, der am Donnerstag verhaftet worden war, ist wieder aus der Haft entlassen worden. Als er am Sonnabend nach dem Grusonwerk kam, um seine Arbeit wieder aufzunehmen, wurde ihm die Mitteilung, daß man auf seine Arbeitskraft verzichte. Zu der ungerechtfertigten Verhaftung also auch noch die Entlassung! Haase und Konforten können stolz sein auf die Erfolge ihrer Schwindelkünste und Vubenstreiche.

Sie selber sitzen dagegen fester denn je in ihrer Arbeitsstätte. Obwohl die Firma, wie wir guten Grund haben anzunehmen, die Haase, Schägle und Schönebeck lieber heute als morgen entlassen möchte, weil durch sie das Verhältnis der gesamten Arbeiterschaft zu der Firma ein unheilliches wird, ist doch von einer Entfernung dieser Arbeitervertreter nicht die Rede. Sie haben mächtige Gönner, denen die Firma sich nicht zu widersetzen wagt. Gar eigenartig wird dadurch das Wort vom „Herr im eignen Hause“ beleuchtet.

Die „Magdb. Ztg.“ nennt die „Mißhandlung des nichtsozialdemokratischen Arbeiters“ jetzt schon eine „systematische“. Sie ist so gnädig und will solche „Gemeinheiten einzelner“ nicht der Gesamtheit des deutschen Arbeiterstandes anrechnen. Wohl aber ließen sich darin die Wirkungen jener Verrohung und Gewalttätigkeitstheorien erkennen, die auf den Parteitag von Dresden und Jena verurteilt worden sei. Im Anschluß daran droht die „Magdb. Ztg.“ mit einer Wahrscheinlichkeitsrechnung, indem sie meint, daß diese Leute „nur den Feinden des jetzigen Reichstagswahlrechts willkommen sein können“. Erst langt man sich Schauer nachrichten über sozialdemokratischen Terrorismus aus den Fingern und dann benutzt man diese Schwindelkünste, um damit die Notwendigkeit einer Verdrängung der Volksrechte zu begründen. Jesuitenmoral! —

Nationalliberale über den Nationalliberalismus.

Die „Singer Nachrichten“, ein badisches nationalliberales Blatt, das den Nationalliberalen nahe steht, untersuchen die Frage, woher es kam, daß des Reichstagskämpfers Parole: „Gegen das Zentrum erfolglos geblieben sei. Dabei weist das Blatt die Verantwortung dem preussischen Nationalliberalismus wie folgt zu:

Die Chancen für die freihändlerischen Parteien waren die denkbar günstigsten. Liberale und Sozialdemokraten brauchten nur nach badischem Muster (d. h. nach dem Muster der letzten badischen Landtagswahl. D. Red.) gegenseitig Fühlung zu nehmen, dann hätte das Zentrum in der Stichwahl kein einziges Mandat erobert und noch verschiedene andre Reaktionskräfte von der

Rechten wären auf der Strecke geblieben. Selber konnten sich die preussischen Nationalliberalen zu einem Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nicht entschließen, weil sie ihre „Lebesehre“ nicht bedenkten und die Kunst der Regierung nicht verschleierten wollten. Sie vergaßen wieder einmal über dem Nationalen das Liberale und scheuten sich nicht, sogar mit dem Zentrum anzuhändeln, um die Sozialdemokratie niederzukämpfen. Das Zentrum sah sie in Baden die „unbedingte Neutralität“ so an, daß es die Sozialdemokratie direkt und indirekt unterstützte, während die Nationalliberalen sich dazu hergaben, dem Zentrum die Kasernen aus dem Feuer zu holen. Für eine solche Wahltaktik fehlt uns jedes Verständnis, sie ist der reinste Hohn auf die Verhandlungen in Goslar. Von den preussischen Nationalliberalen haben wir übrigens, offen gestanden, nichts andres erwartet; denn diese Spezies von „Liberale“ ist von den Konservativen kaum zu unterscheiden; das haben die Verhandlungen über die famose Schulvorlage klar und deutlich bewiesen. Dagegen war uns die Haltung der badischen Nationalliberalen ganz und gar unverständlich.

Musterliberale von der Art, wie sie hier das nationalliberale Blatt schildert, sind besonders in der Provinz Sachsen zu finden. Sie schreien am lautesten über die „schwarze Gefahr“ und sind am ersten dabei, wenn mit den „Schwarzen“ gekühndelt wird.

Der Ueberfleischer.

Die Verküer Schlichterinnung hat beschlossen, den in Magdeburg zum Reichstag gewählten nationalliberalen Fleischermeister Robert in Berlin schick zu empfangen.

Zeitungsnaehricht.

Es war in Magdeburg am Tag der Wahlen, Die Wahlschlacht der Parteien tobte heiß. Die Sozialisten und die Liberalen, Die rangen grimmig um des Ringes Preis. Der Würfel fiel. — das Schicksal hat geknobelt: Es ward gewählt der Fleischermeister Kobelt.

Im Ehrenkreis der ersten deutschen Geister, Die sich nun bald versammeln in Berlin, Sieht dann zum erstenmal ein Fleischermeister, Und alle fleischer Deutschland grüßen ihn. Heil Kobelt dir! Ein echter deutscher Selcher, Das ist ja allemal derjenige welcher!

Ob dir die Sozis drohen auf der Linken, Die du besiegst, mit heißem Nachdruck, Ob dir Belohnungen und Gnaden winken Von rechts — das ist dir alles gänzlich Wurst. Und siehst du auch nicht auf einem Throne, So schmückt dein Haupt doch eine Würstchenkrone.

Und wird zu unsres Vaterlandes Wofse Manch Kohl geredet in dem Reichstagsaal, So legt du flugs das Eisen zu dem Kohle, Dann wird genickbar er mit einem Mal. Du kennst kein Lampenfieber, keinen Bammel, Dir imponiert nicht mal der Sprung der Hammel.

Die Rittergutsbesitzer, die Juristen, Die in den Reichstag wurden deputiert, Die Fabrikanten und die Journalisten, Die werden schlichtlich sämtlich nivelliert. Doch wenn das Schicksal alle gleich gehobelt, So ragst du doch empor, o Fleischer Kobelt!

Und wenn im neuen Reichstag die Debatten Entbrennen werden zwischen links und rechts, So wirft du in dem Kampfe nie ermatten, Wirst siegen in der Hitze des Gefechts. Dann meldet man von deinem Siegesrennen: Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen! Kladderadatsch.

— Eine Stadtverordneten-Versammlung findet in dieser Woche am Donnerstag den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung umfaßt 25 Punkte, darunter auch die Haushaltung des Wasserwerks und der Werkstätte der Gas- und Wasserwerke.

— Der städtische Arbeitsnachweis im Hause der ehemaligen „Harmonie“ hat einen derartigen Umfang angenommen, daß der Magistrat die Anstellung eines zweiten Hilfsarbeiters in Aussicht genommen hat. Im Monat November sind 7843 Arbeitnehmer und 1500 Arbeitgeber, im Monat Dezember 6770 Arbeitnehmer und 1170 Arbeitgeber abgefragt worden; besetzt wurden im November 841, im Dezember 866 Stellen. Im Gastwirtsgerwerbe wurden im November 109, im Dezember 184 Stellen besetzt. Als Entschädigung für die Hilfskraft werden vom Magistrat 4 Mark für den Arbeitstag für angemessen erachtet.

— Arbeitsstellen. Am Freitag voriger Woche legten 20 Gusspüher der Eisengießerei und Maschinenfabrik Budau wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit nieder. Verhandlungen mit der Fabrikleitung blieben ergebnislos. Zugang ist fern zu halten.

— Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe, Verwaltung Magdeburg. Morgen, Dienstag, abend 8½ Uhr findet im „Sachjenshof“, Große Storchstraße 7, die Generalversammlung aller sämtlichen Bezirke Magdeburgs und der Vororte statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

— In der Privatbeleidigungsklage Weßler kontra Brandes stand am Sonnabend Termin in der Berufungssitzung vor dem hiesigen Landgericht. Es kam in dieser Angelegenheit, die seit länger als einem Jahre schwebt, folgender Vergleich zustande: Der Beklagte (Brandes) erklärt: Ich habe niemals behauptet, daß der Schlosser Neugebauer von der Direktion der Pantherradwerke auf Grund einer Denunziation des Privatklägers entlassen worden ist. Sollten Worte, die ich über den Fall Neugebauer geäußert habe, eine derartige Deutung zulassen, so erkläre ich, daß ich dieselben zurücknehme.

Der Privatkläger (Weßler) erklärt: Mit den Berichten über Vorfälle in hiesigen Fabriken, die ich im „Mitteldeutschen Kurier“ veröffentlicht habe, habe ich niemals die Absicht verfolgt, diejenigen Personen, auf welche sich die Berichte bezogen, zu denunzieren. Vielmehr hat mich die Absicht der Abwehr geleitet.

Der Beklagte erklärt außerdem, daß er von der Richtigkeit dieser Versicherung überzeugt sei.

Der Privatkläger erklärt ferner: Ich habe mich durch die Beweisnahme erster Instanz davon überzeugt, daß die von mir aufgestellte Behauptung, das hiesige Bureau des Metallarbeiter-Verbandes habe während eines Streiks bei Kundlos u. Co. den Unternehmern Arbeitswillige zur Verfügung gestellt, unrichtig ist. Klage und Widerklage wurden hierauf zurückgenommen.

— Unfall. Der Arbeiter Jakob Binowski, Budau, Sakstr. 2 wohnhaft, fiel in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der Fabrik von Otto Gruson u. Co. bei der Arbeit auf einen Formkasten und zog sich dabei eine Verletzung der linken Hüfte zu. L. wurde durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr der Krankenanstalt Sudenburg zugeführt.

— Waffotte-Abend. In Köhlers Konzerthaus wird am Mittwoch „Euch Arden“, eine Dichtung von Kenning, rezitiert. Die Veranstalter, der Bildungsausschuß des Gewerkschaftsrates und der Sozialdemokratische Verein, rechnen auf guten Besuch.

— Im Zirkustheater beendet Direktor Max Samst sein Gastspiel am 15. d. Mts. Am Mittwoch nachmittags 4 Uhr findet daher die letzte Kindervorstellung statt, zur Aufführung gelangt das Panzermäuschen „Athenrödel“. Am Dienstag und Mittwoch abend wird „Der Hund von Baskerville“ zur Aufführung gebracht.

Gerichts-Beitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 9. Februar 1907.

Auf der Freizeitschlag. Wegen unbefugten Belretens einer Gutsort zum Zwecke des Freizeitschlags erhielt der Arbeiter Paul Gasse zu Neuhaldensleben, geboren 1880, vom Schöffengericht am 18. Dezember 1906 10 Mark Geldstrafe ev. 2 Tage Haft. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

Uebie Nachrede. Der Tischlermeister Peter Franzen hier soll im Mai 1906 das Gericht verbreitet haben, der Kaufmann Ehrenfried Finte hier affordiere mit seinen Gläubigern und habe ihnen 80 Prozent ihrer Forderungen geboten. Das Schöffengericht erachtete den Tatbestand nicht für festgelegt und sprach Franzen von der Anklage der Beleidigung frei. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und legte den Angeklagten wegen übler Nachrede mit 20 Mark Geldstrafe ev. 4 Tagen Gefängnis.

Letzte Nachrichten.

* Berlin, 11. Februar. Der polnische Schulstreik besteht noch immer. Nach amtlichen Ermittlungen sind in der Provinz Westpreußen noch 7719 Schüler ausständig, von denen 4788 auf 119 Schulen im Regierungsbezirk Danzig und 2931 auf 122 Schulen im Regierungsbezirk Marienwerder entfallen. — Infolge des Schulstreiks sind bisher in Westpreußen und Posen 210 Geistliche auf Grund des Rangelparagrafen zu zusammen 11 Monaten 6 Wochen Gefängnis beziehungsweise Festungshaft, auf Grund des Paragrafen 110 (Aufreizung zum Widerstand gegen die Behörden) sind bisher insgesamt zwei Geistliche und zehn Redakteure polnischer Blätter zu Geldstrafen von zusammen 7080 Mk. und fünf Redakteure und eine andre Person zu Gefängnisstrafen von zusammen 23 Monaten 2 Wochen verurteilt worden.

* Berlin, 11. Februar. Die Nationalliberalen haben im Abgeordnetenhaus beantragt, die staatlichen Beihilfen für die Handwerkskammern zu erhöhen. Vom Bund der Agrarier bezahlte „Mittelstandsbewegung“ bringt die Vertreter des industriellen Großkapitals in Bewegung.

Hd. Posen, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend ereignete sich im hiesigen Theater ein blutiger Zwischenfall. Der Schauspieler Kossobucki schob in der Garderobe auf den Schauspieler Ray, weil dieser dem ersten Genugthuung verweigert hatte, eine Kugel ab, die B. an der Brust verbleibt. Darauf schob sich Kossobucki eine Kugel in den Kopf und verstarb einige Stunden darauf.

Hd. Mannheim, 11. Februar. (Eig. Drahtb. d. Volkst.) Am Sonntag wurde in der Expedition der „Volkstimme“ gehausucht. Die Polizei beschlagnahmte 500 Exemplare der „Karnavalszeitung „Schnupfkat“ wegen eines Artikels „Im Zeichen der Fürstentübe“. Der verantwortliche Redakteur wurde sogar verhaftet.

Hd. Ludwigshafen, 11. Februar. (Eig. Drahtb. d. Volkst.) In Mutterstadt wurde am Sonntag in die Räume des Spar- und Verschulvereins eingebrochen. Den Dieben fielen 24 000 Mark in die Hände. Die Kassiererin hatte den Schlüssel in dem Geldschrank stecken lassen, wodurch den Eindringern die Arbeit sehr erleichtert wurde.

* München, 11. Februar. Die Schilppresse meldet: Abgeordneter v. Volkmar befindet sich nach der gut verlaufenen Operation so weit besser, daß er die Klinik voraussichtlich in 2 Wochen verlassen kann.

* München, 11. Februar. Die Veröffentlichung von drei Briefen des Flottenvereins im „Bayerischen Kurier“ bildet das Prätext für eine Aktion, die sofort nach Eröffnung des Reichstages vom Zentrum fortgesetzt werden soll. Die Führer des Zentrums besitzen nicht nur Briefe Wittows an Keim, sondern andre, ihnen auf den Tisch gefallene Briefe Keims und anderer führenden Persönlichkeiten. Es soll dadurch bewiesen werden, daß entgegen der Versicherung Wittows im Reichstag dieser — wie die Zentrumsler behaupten — unter der Firma einer Volksstimme eine Katholikenhege heraufbeschwören wollte. In diesen Briefen beruft sich Keim immer auf Weisungen der „Wilhelmstraße“. Diese Briefe sind unanfechtbar.

Wb. Paris, 11. Februar. Wie es heißt, hat der jüngst verurteilte Bankier Driis dem Justiz Minister nicht 25 Millionen, sondern eine jährliche Rente von 60 000 Frank hinterlassen mit der Bestimmung, daß die Summe zur Erziehung der Krankheit, der Tuberkulose und anderer aufsteckenden Krankheiten verwendet werden soll.

Wb. Paris, 11. Februar. Beamte der Südlichen Pariser Straßenbahn-Gesellschaft griffen im Laufe des Abends einen Wagen der Gesellschaft an und zerstückelten seine Scheiben durch Steinwürfe. Der Schaffner wurde leicht verletzt. Die Streifen der Wagen dann nach dem Depot und warfen die noch arbeitenden Angestellten mit Steinen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

* Wien, 11. Februar. Gestern fand hier eine große Protestversammlung der Wiener Studenten gegen die Massenverhaftung von ruthenischen Studenten in Lemberg statt. Unter den Rednern befanden sich auch die früheren Reichsratsabgeordneten Bernerstorfer und Djaer. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen das Verhalten des Lemberger Universitätsrektors, gegen die Genehmigung des Statthalters in das Gerichtsverfahren und gegen die Massenverhaftung wendet und in der die sofortige Freilassung der Verhafteten gefordert wird.

Wb. Petersburg, 11. Februar. Bei den Wahlmännern wahlen in Kurland wählte der Großgrundbesitz 14 Edelleute. Die von den Bauern gewählten Wahlmänner sind durchweg Weisere von 30 und mehr Desjatinen Land, aber Gegner der Landesteilung. Die Arbeiter haben zwei Sozialdemokraten gewählt; die Städte wählten fast nur Fortschrittler. Unter den Wahlmännern sind 14 Deutsche, 4 Juden, 3 Russen und 27 Letten.

Wb. Satillien (Dep. Ardèche), 11. Februar. Bei einer von Militanten veranstalteten Versammlung wurde während der Ausführung eines Stüdes, das zur Zeit des deutsch-französischen Krieges spielt, ein Mitspieler, der einen preussischen Soldaten darstellte, erschossen. Die strafgerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik kostet die Seite 50 Fig.

Husten Wer diesen nicht heilt, verhandelt sich um eigener Leibel **Kaisers Brust-Caramellen** (sich schmelzendes Walz-Ertract) sind ärztlich erprobt und empfohlen gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung und Rachenkatarrh. 5120 nos. begl. Zeugnisse beweisen daß sie halten, was sie versprechen. Pakete à 25 Fig., Dose 50 Fig. zu haben in allen Apotheken, Drogerien und besseren Kolonialwaren Handlungen. 1955

Zur Unterstützung der Phosphorbehandlung der Säuglinge bei englischer Krankheit empfiehlt sich als ausgezeichnetes Nahrungsmittel **Kaisers Kindermehl**, welches die im Magen des Kindes zu großen Klumpen gerinnende Kuhmilch nicht nur zu einer feinstoffigen, der Muttermilch ähnlichen Gerinnung zwingt und so den Verdauungsstörungen leichter zugänglich macht, sondern dadurch auch die so oft bestehende chronische Stuhlverstopfung beseitigt, zugleich aber durch seinen reichen Gehalt an leicht verdautlichen Eiweiß- und Mineralstoffen die Muskelkraft und vor allem auch die mangelhafte Knochenbildung auf das Günstigste beeinflusst. Endlich wirkt Kaisers Kindermehl auch anregend auf den daniederliegenden Appetit ein.

Otto Lehmann Sudenburg Halberstädter Str. 112
Spezialgeschäft für Wäsche 1767
empfiehlt

Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen
Fertige Betten
Bettfedern-Reinigungsanstalt

20 Stück gebrauchte Fahrräder von 10 Mk. an
Neue Fahrräder von 58 Mk. an, o. G. 3029
Motorräder gebrauchte u. neue, spottbillig
Albert Brennecke
Sudenburg, Ecke Westendstrasse. Fernspr. 1938.

Die Badeanstalt „Neptun“
2993 befindet sich jetzt
Nachtweide 95.

Fermersleben **Fermersleben**
Ich erlaube mir höflichst anzuzeigen, daß ich am heutigen Tage
Schönebecker Straße Nr. 18 eine 3052
Rind- und Schweineschlächtere
eröffnet habe und bitte mein Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll **Otto Meier, Fleischermeister.**

Tüchtige Tischlergesellen
für dauernde und lohnende Beschäftigung stellt ein
A. Türklitz, Möbelfabrik, Brandenburg a. H.

Das grosse Preisschiessen
im Lokale des Herrn **Buhro**, „Zur Krone“, Neustadt,
Moldenstraße, dauert nur noch einige Tage.
H. Buhro. 1273 **F. Schulze.**

Konsumverein für Halberstadt u. Umg.
E. G. m. b. H.
Bilanz am 1. Oktober 1906.

Aktiva.	Passiva.
Kassakonto 1 231.88	Geschäftsguthabenkonto . . . 12 574.26
Zuführungskonto 5 200.—	Vorzugsrentenkonto 13 668.17
Effektenkonto 500.—	Kauionskonto 3 626.96
Stammkapitalkonto 1 111.10	Dividendenkonto 55.67
Grundstückkonto 52 000.—	Hypothekenkonto 40 200.—
Detaillkonto 80.—	Reservefondskonto 3 500.—
Marlen-Kaufkonto 524.90	Dispositionsfondskonto . . . 400.—
Warenkonto 38 089.41	Darlehenskonto 3 000.—
	Sparenkonto 6 501.12
	Reingewinnkonto 15 231.09
Summa 98 737.27	Summa 98 737.27

Wir begannen das Geschäftsjahr mit 1235 Mitglieder
Neu eingetreten 230
zusammen 1465 Mitglieder

Mit dem 1. Oktober schieden aus:
durch Tod 16
durch Uebertragung 1
durch Fortzug 33
durch Aufkündigung 36
durch Ausschluss 99
190 Mitglieder

Das neue Geschäftsjahr beginnen wir mit 1278 Mitglieder
Die Anteile der Mitglieder haben sich um 2424.26 Mk. vermehrt.
Die Gesamtsumme liegt um 4080 Mk. und beträgt zusammen 44 010 Mk.
Der Vorstand. 3051
F. Hoffmann. R. Schulze. F. Köhlich.

Galbenfer Konsumverein.

Die Auszahlung der Dividende findet statt:
Mittwoch den 13. Februar, vormittags von 8—12 Uhr
für die Nummern 1—1000, nachmittags von 2—6 Uhr
für die Nummern 1001—2000
Donnerstag den 14. Februar, vormittags von 8—12 Uhr
für die Nummern 2001—2500, nachmittags von 2
bis 6 Uhr für die Nummern 2501 bis Schluß.
Ausgeschiedene erhalten ihre Anteile am Mittwoch den
13. März ds. Js. vormittags von 9 bis 12 Uhr.
3049 **Der Vorstand.**

Frauen-Verein Thale.

Samstag den 24. Februar, abends 8 Uhr, findet unter
gütiger Mithilfe des Arbeiter-Gesangvereins
die Feier unseres
Ersten Stiftungsfestes
im Saale des Gasthauses Zur grünen Tanne statt.
Programme à 25 Pfennig sind im Vorverkauf zu haben
bei **W. Krey**, Materialwarenhandl., Eisenbruchweg, Hermann-
Koch, **Julius Härtel**, **W. Weasel**, im Reichs-
keller, im Wägenwerk von **Dieterich**, Marktstraße 15,
sowie im Gasthaus „Zur grünen Tanne“. An der Kasse 30 Pf.
Freunde und Gönner des Vereins laden herzlich ein.
3050 **Der Vorstand.**

Walkotte-Abende

Veranstalter: Bildungsausschuß des Gewerkschaftskartells
:: und Sozialdemokratischer Verein zu Magdeburg ::

Mittwoch den 13. Februar

in „Kühlers Konzert- u. Ballhaus“

Enoch Arden

Dichtung von **Tennyson**

Vortragende: **Herr u. Frau Walkotte** — Begleitung: **Herr Edmund Kitzel**

Eintrittskarte 20 Pfennig — Anfang abends 8 1/2 Uhr
Eintrittskarten sind in den Lagern des Konsum-Vereins, der Buchhandlung Volkstimme, im Arbeiter-
sekretariat sowie in den Gewerkschaftsbureaus zu haben.

Kindern kann der Zutritt nicht gewährt werden

Donnerstag den 14. Februar

im Etablissement „Luisenpark“

**Vortrags- und
Lieder-Abend**

Das Programm umfaßt 20 Nummern

Freitag den 15. Februar

im Etablissement „Weißer Hirs“

Die größte Sünde

Drama von **Dito Ernst**

**Herren-
Knaben-
Arbeiter- } Garderobe**

in nur guten haltbaren Quali-
täten und neuesten Mustern
kaufen Sie am billigsten wie
bekannt in 3013

Heymanns
Gelegenheitskauf-Geschäft
Johannisberg 7c.
Genau auf Straße achten!
Konfirmanden-Anzüge v. 4.90 an
Ganze Warenlager und Kon-
furmassen werden gegen so-
fortige Kasse jederzeit gelieft.

Schuhwaren!
1220 Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefe-
letten, Turn-, Strand- u. Kinder-
schuhe, Pantoffel, auch aus
Konfurmassen stamm. Waren
Rue Neustadt, Schmitzstr. 44.

Ausnahmepreise diesen Monat!
Wilh. Brandt Schuhwaren-
haus =
Buckau, Ecke Gärtnerstraße.
Gr. Lager am Platze. Begr. 1847.

**Wasche mit
LUHNS
wäscht am besten**

**Wie bekannt
kaufen Sie
am billigsten
Emaile-
Koch- und Küchen-
Geschirr**
Regierungsstr. 17.

Geschäfts-Eröffnung.
Wir sind Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß ich in Sudenburg,
Frankenburger Str. 22, ein Holz-
und Kohlengeschäft eröffnet habe
und bitte, mein Unternehmen gütlich
unterstützen zu wollen. 1272
Friedrich Krause
Frankenburger Straße 22.
Romane
an der Ecke Zänkersberg Nr. 23.

**Kauie fortwährend
Kanarienvögel
und -weibchen.**
Zu feinsten Preisen.
J. Tischler, Hunaustr. 25, 1.
Kartoffelacker und gärtnerischer Pacht-
zahlung Ehrlich, Umfassungstr. 45
Burg. **Burg.**
Heinze keine 3046
Beschl-Anstalt
in empfehlende Erinnerung.
Ich habe — Frau **Kerndt**
Albert Hinze
Eckartener Straße 42.

Zentralverband der Maurer Deutschl.

Zahlstelle Magdeburg.

Dienstag den 12. Februar, abends 8 Uhr
Bezirksversammlungen

Magdeburg im Sachsenhof, Gr. Storchstraße 7
Alte Neustadt in der Krone, Moldenstraße 45
Neue Neustadt im Weißen Hirs, Friedrichsplatz 2
Wilhelmstadt im Luisenpark, Spielgartenstraße 1c
Sudenburg in der Zerbster Bierhalle, Schöningerstr. 28
Buckau in der Thalia, Dorotheenstraße 14.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Das Verhalten der Gewerkschaften bei der letzten Reichstagswahl.
2. Die Mißstände auf den Bauten, und wie können dieselben beseitigt
werden? 3. Verschiedenes. 3048
Für zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Zentralverb. der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter

Verwaltung Magdeburg

Bureau: Stephansbrücke 38 **Telephon 276.**

Dienstag den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr

im Sachsenhof, Große Storchstraße 7

**Generalversammlung
für Magdeburg und Vororte.**

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht für das 4. Quartal 1906.
2. Bericht der Revisoren.
3. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1906.
4. Neuwahl der Ortsverwaltung.
5. Neuwahl der Revisoren.
Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.
Solltägliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Hochfeines Fahrrad

mit Doppel-Übertragungsnabe und
Dorpedo-Freilauf, gelben Felgen,
sowohl billig zu verkaufen bei Herrn
Göbcke, Sudenb., Seifertstr. 13, II.

Kaffe-Kauischen zu verkaufen.
Scharfe, Wolmirstädter Straße 30.

Kf. Klosterstr. 15 sind Woh-
nungen z. verm. z. 180, 210, 400 Mk.

Städtisches Orchester

Kristallpalast.

Mittwoch den 13. Februar 1907

abends 8 Uhr

Grosses

Volkskonzert.

Leitung: Kgl. Musikdirektor

Joseph Krug-Waldsee.

Eintrittskarten

im Vorverkauf 20 Pf.

an der Kasse 30 Pf.

Stadt-Theater.

Freitag den 12. Februar 1907

Mignon.

Zum Ausschneiden!

Zirkus

Nur noch wenige Gastspiele

Der Hand von Baskerville

Detectivkomödie in 4 Akten

nach der Romanze Conan

Doyles.

Charakteristisches:

Direktor **Max Samf.**

Sorgfältiger dieses Zeit-

ungsantrittsbesuch zahlt mit

jetzt Angehörigen für ersten

Klang 25 Pf., Saal 50 Pf.

Walhalla.

Das glänzende
Februar-Programm.
Sensationeller Erfolg.

Wilhelm-Theater.

Heute und folgende Tage
Künstlerblut.

Donnerstag den 14. Februar

Benefiz für **Laura Bernauer**

Frühlingsluft.

Die Beleidigung, welche ich gegen
den Handelsmann **Georg Weiß**
ausgesprochen habe, nehme ich auf
diesem Wege zurück.
1275 **Frau Reuse.**

Dankfagung.

Allen lieben Verwandten und Be-
kannnten jagen wir auf diesem Wege
für die herzliche Teilnahme und
reiche Blumenpende bei der Be-
erdigung unserer lieben Tochter und
Schwester **Emma** unsern besten
Dank. Dank auch den Arbeitern
und Arbeiterinnen der Firma
E. C. Carstens. 1271

Karl Möhring und Frau
nebst Geschwistern.

Todesanzeige.

Am Sonntag abend 8 1/2 Uhr
starb nach langem, schwerem
Leiden meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwester und
Schwägerin

Johanne Werz

im 45. Lebensjahre.

Dies allen lieben Verwandten,
Freunden und Bekannten zur
Nachricht mit der Bitte um
hülfreiche Teilnahme.

Gottlob Werz nebst Kindern

Sudenburg.
Die Beerdigung wird noch
bekannt gegeben. 1276

Standesamt.

Magdeburg-Mitstadt, 9. Februar.
Aufgebote: Mühlentischer
Adalbert Bent in Mosier Donndorf
mit Elisabeth Wischeropp hier. Lehrer
Hermann Köhl mit Berta Dörfler.
Steinbruder Karl Bauerroth mit
Margarete Stoppert geb. Schulz.
Eheschließungen: Rech-
nungsführer Wilhelm Waumbach mit
Emma Grube. Kaufmann Verlob
Blumenberg mit Paula Rothschäb.
Oberleutnant Martin Everth mit
Katharina Neuschäfer. Oberboots-
mannsmaat Bruno Höfel mit Frieda
Rieble.

Geburten: Gerda, T. des
Kaufmanns Alfred Martin. Fried-
rich, S. des Zimmermanns Friedrich
Pfeilschäfer. Hildegard, T. des Ger-
schäftsbediensteten Paul Wustrau. Georg,
S. des Kaufmanns Ernst Wehl.
Alfred, S. des Marmorhauers
Wilhelm Schwärzel. Friedrich, S.
des Postboten Friedrich Demuth.
Räthe, T. des Tischlermeisters
Friedrich Santog. Gustav, S. des
Kellers Gustav Oppermann. Eli-
abeth, T. des Postassistenten Hermann
Dörs.

Todesfälle: Witwe Dorothee
Baumer geb. Ebert, 80 J. 1 M. 4 T.
Witwe Marie Krüger geb. Koch,
67 J. 9 M. 26 T. Witwe Friede-
rike Wustrau geb. Hausen, 63 J.
5 M. 7 T. Fuhrwerksbesitzer Simon
Sprenger, 61 J. 6 M. 29 T. Hau-
delmann Heinrich Hunold, 54 J.
8 M. 18 T. Berta geb. Grahmann,
Chefram des Arbeiters Gustav Fried-
rich, 24 J. 3 T. Helene, unehel.,
3 M. 20 T. Bernhard, unehel.,
2 M. 25 T. Ida, T. des Schiff-
bauers Franz Thurns, 1 T.

Sudenburg, 9. Februar.
Aufgebote: Bahnarb. Christian
Gustav Karl Schäfer mit Emma
Berta Minna Träger.
Eheschließungen: Ge-
schäftsführer Otto Holze mit Ver-
trud Joch. Feilenhauer Paul
Läster mit Lucie Selter. Arbeiter
Emil John mit Berta Hoffmann geb.
Seifert.

Geburten: Ella, T. des Schuh-
machers Emil Wiener. Kurt, S.
des Ackerbürgers Karl Grimm.

Buckau, 9. Februar.
Eheschließungen: Schmidt
Friedrich Karl Schulze mit Marie
Emma Wolfskämpf.
Geburt: Hermann, S. des
Lithographen Hermann Wapmann.

Todesfall: Herbert, S. des
Berkmeisters Otto Wilhelm, 4 M.
7 T. T. des Arbeiters Amandus
Hammer, todtgeb.

Neustadt, 9. Februar.
Aufgebote: Seefischer Otto
May Schwärzel in Hamburg mit
Stanislawa Rudna hier. Fleischer
Otto Max Franz Klingenberg mit
Margarete Friederike Albertine Köp-
bach.

Eheschließungen: Arbeiter
Wilhelm Wetterling mit Anna
Wüller geb. Osterwald. Fleischer
August Meier mit Emilie Konrad
Kaufmann Paul Verkrodt mit
Elisabeth Schenck. Dachdecker
Ferd. Vorbeer mit Marie Köhler.

Geburten: Hans, S. des
Schlossers Ernst Biegel. Ruth, T.
des Landwirts Albert Pieprecht.
Kurt, S. des Malers Hermann
Wagener. Walter, S. des Arbeiters
Otto Bollrath. Hans, S. des Vor-
arbeiters Albert Würdlich.

Todesfälle: Weber Wilhelm
Riche, 79 J. 7 T. Gerda, T. des
Arbeiters Otto Dursing, 1 M. 10 T.
Emma, T. des Arbeiters Karl
Möring, 14 J. 6 M. 18 T.

Wettershäusen.
Eheschließungen: Schlosser
Paul Hermann Juhnke mit Helene
Margarete Schöpf.
Geburten: Friedrich, S. des
Unehel. Friedrich Wilhelm, T. des
Arbeiters Johann Müller. Emma,
T. des Arb. Hermann Berger. S. des
Bahnwärters Albert Meyer, todtgeb.

Witersleben.
Aufgebote: Fleischer Willi
Schwarz in Magdeburg mit Helene
Kochmann hier. Rechnungsführer
Hermann Straube in Wanzleben mit
Martha Hirsch hier.
Eheschließungen: Mon-
teur Robert Grimm in Berlin mit
Margarete Schmelzer hier. Arbeiter
Rudolf Meyer mit Marie Köpfer.
Zigarrenarbeiter Ernst Müller mit
Anna Effenmann. Fuhrmann
Gustav Lohmann mit Emma Droschn.
Todesfall: Paul, unehel.,
3 M. 8 T.

Schönebeck.
Aufgebote: Oberkellner Friedr.
Eduard Adolf Basse in Northem
mit Emma Alma Bernid in Dahle-
warzleben.
Geburt: S. des Ingenieurs
Walter Jordan.

Burg, 9. Februar.
Eheschließungen: Schneid-
er Johannes Woes in Gr.-Begnitz mit
Maria Joha Kallsofen hier. Tischler
August Max Görges mit Selma
Irene Kühne.
Geburt: T. des Schriftsetzers
Ernst Kramer.
Todesfall: Werner Moritz
Denke, 29 T.